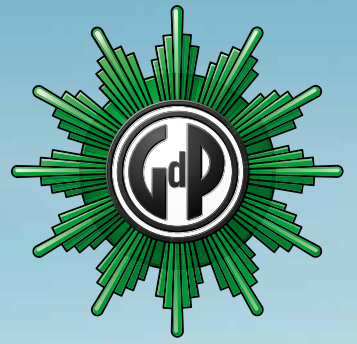


DP

DEUTSCHE POLIZEI

07/21

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Die dümpelnde Behörde





POLIZEI

In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



IN EIGENER SACHE

Wenn die DP-Leserinnen und -Leser ihre DP in den Händen halten, sind es noch etwas weniger als drei Monate zur Wahl des neuen Bundestages. Die Parteien haben sich längst in Stellung gebracht, der Wahlkampf hat begonnen. Womöglich wird die kommende Wahl als eine besondere in die Annalen unserer Demokratiegeschichte eingehen. Schließlich endet die rund 16-jährige Amtszeit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, wahrscheinlich ist immer noch irgendwie Pandemie und die Parteienlandschaft stellt sich längst nicht mehr so dar wie noch 2005, als die Kanzlerin ihr neues Amt antrat.

Orientierung in teils turbulenten Wahlkampfzeiten sollen Wahlprogramme bieten. Die Parteien gießen ihre Ziele für die nächste Legislaturperiode in oft umfangreiche Schriftwerke. Deren Inhalte sind dann zwar „modern“, „nachhaltig“, „innovativ“, „sozial“, „gerecht“ oder „mutig“, im Zusammenhang jedoch überwiegend schwer verständlich. Mehr zum Verstehen und den Hürden der Kommunikation, erläutert Prof. Dr. Frank Brettschneider in einem DP-Gespräch. Der Kommunikationswissenschaftler und sein Team unterziehen seit mehreren Jahren Wahlprogramme einem Verständlichkeitscheck.

Die Bundesliga-Fußballsaison 2020/21 dürfte dagegen mit ziemlicher Sicherheit als eine besondere in Erinnerung bleiben. Die neunte „Meisterschale“ der Bayern in Folge und ein packendes Abstiegsdrama – all dies ohne Schlachtgesänge aus brodelnden Kurven: großer Sport, jedoch prinzipiell unter Ausschluss der Fans. Davon haben sich die Teilnehmenden des GdP-Bundesligatippspiels nicht beirren lassen. Die zu ertippenden Tagestickets für ein Heimspiel von Borussia Dortmund sowie das BVB-VIP-Wochenende bleiben den Siegerinnen und Siegern erhalten. Die GdP kümmert sich um die Realisierung. Ein bisschen Geduld ist jedoch vonnöten. In der nächsten Saison geht es dann weiter. Neue Spiele, neues Glück.

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Innenleben

- 2 #100für100 auf Deutschlandtour
- 4 Wertschätzung für „Gute Arbeit“
- 16 Im Fokus: Altersdiskriminierung
- 20 Digitales Planungstreffen
- 20 Neuer Imageflyer
- 28 So transparent wie möglich
- 30 Sachverständige in der Daktyloskopie
- 33 Dauerbaustelle Mitbestimmung
- 36 Der 1. FC Wundervoll als Glücksbringer
- 38 Ernst Schrader – ein Gewerkschaftsspionier

Titel

- 8 Moderne Sklaverei

Im Gespräch

- 12 „Politiker wollen nicht immer verstanden werden“
- 21 Aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik erörtert
- 24 Flächendeckend, rund um die Uhr

Hingeschaut

- 5 Digitale Dienststelle
- 7 Digitales Wissen über das PSN transferieren
- 22 Gaffen tötet

Hilfreich

- 31 Auslandseinsatz in der Pandemie

Im Kalender

- 40 Gemeinsamer „Ausritt“

40 Eure Meinung

40 Impressum

#100für100

**100% Einsatz
verdienen
100% Einsatz.**

KAMPAGNE IN LÄNDERN UND BEZIRKEN

#100für100 auf Deutschlandtour

GdP Rheinland-Pfalz



Die rheinland-pfälzische GdP-Landesvorsitzende Sabrina Kunz übergab ein Forderungspapier an Landtagspräsident Hendrik Hering und Staatssekretärin Nicole Steingaß (r.). Links: René Klemmer, stellvertretender Landesvorsitzender.

„Die kommenden fünf Jahre sind unter anderem geprägt davon, auch mit den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie umzugehen. Das wird sicherlich eine große Herausforderung für die Politik. Es darf dabei aber nicht passieren, dass bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gespart wird“, so die Landesvorsitzende Sabrina Kunz. „Bereits jetzt bekommen wir mit, dass es deutliche Haushaltsrestriktionen – auch für die Polizei – geben soll. Dies werden wir so nicht hinnehmen.“ Eine GdP-Abordnung hatte Mitte Mai in **Mainz** ein Forderungspapier am Tag des Zusammentretens des neugewählten rheinland-pfälzischen Landtags an Landtagspräsident Hendrik Hering und Staatssekretärin Nicole Steingaß übergeben. Mit vielen Landtagsabgeordneten kam die GdP an ihrem Stand ins Gespräch. Thematisiert wurden insbesondere die Lehren aus der Pandemie, die IT-Infrastruktur und der Umgang mit „Corona-Dienstunfällen“. Wenig später an einer Werbefläche in der Nähe des Regierungsviertels wurde der frisch wiedergewählten Ministerpräsidentin Malu Dreyer das Positionspapier „100 für 100“ überreicht. „Die Kampagne für mehr Wertschätzung für die Polizei ist aktuell wichtiger denn je. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig eine

gut funktionierende Polizei ist. Dafür brauchen wir den 100-prozentigen Rückhalt der Politik“, betonte Kunz. ■



Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (r.) und GdP-Landeschefin Sabrina Kunz vor einem Kampagnenmotiv mit dem Forderungskatalog.

GdP Sachsen-Anhalt



Sachsen-Anhalts Innenminister Michael Richter (l.) erhielt einen Forderungskatalog aus den Händen von GdP-Landeschef Uwe Bachmann. Rechts: Isabell Glossmann, Tarifexpertin im GdP-Landesvorstand.

Anfang Mai überreichten in **Magdeburg** der GdP-Vorsitzende Sachsen-Anhalts, Uwe Bachmann, und Vorstandskollegin Isabell Glossmann CDU-Innenminister Michael Richter den Forderungskatalog der bundesweiten GdP-Wertschätzungsaktion. Vor Kampagneplakaten informierte Ende Mai Bachmann die innenpolitischen Sprecher der SPD, Rüdiger Erben, sowie Sebastian Striegel von Bündnis90/Die Grünen.

„7.500 Polizeibeschäftigte in Vollzug und Verwaltung in Sachsen-Anhalt stehen tagtäglich mit ihrem Einsatz und ihrer Haltung für die Werte unserer Demokratie. Um die zunehmenden Herausforderungen auch künftig bewältigen zu können, brauchen sie die besten Bedingungen! Darum: 100% Einsatz der Polizei erfordern 100% Einsatz der Politik. Für alle Beschäftigten der Polizei“, erklärte Bachmann. ■

GdP Hessen



In einem Facebook-Video präsentiert Kampagnen-Gesicht Peter die Aktivitäten und Forderungen der GdP Hessen.

Unterstützer



Foto: Signal Iduna Gruppe

Unsere erste Elf: Die Gesichter der GdP-Wertschätzungskampagne vor der Signal-Iduna-Zentrale in Dortmund.

JUNGE GRUPPE (GdP)



Foto: privat

JUNGE GRUPPE-Bundespolizist und Kampagnen-Gesicht Vakkas Soyudogan vor (s)einem Plakat.

GdP Sachsen



Foto: Berni Gabriel

Dresden: An vier Standorten wurden Plakate geklebt, eines an der Ziegel-, Ecke Steinstraße.

GdP Brandenburg



Foto: Veronika Müller

GdP-Landesvorsitzender Andreas Schuster (l.) überreichte einen Forderungskatalog an Uwe Schüler, Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg.

Anfang Juni übergab die GdP in **Potsdam** dem Staatssekretär im Brandenburger Ministerium des Innern und für Kommunales, Uwe Schüler, ihren Forderungskatalog im Rahmen der „100 für 100“-Kampagne. Insbesondere unter den Pandemie-Bedingungen habe sich die Situation in der Polizei zugespitzt, verdeutlichte GdP-Landeschef Andreas Schuster. Neue und unbekannte Einsatzlagen seien zu bewältigen, „und es treten uns deutlich mehr Wut und Aggressi-

on von manchen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber“. Allein in Brandenburg würden durchschnittlich zwei Polizisten täglich verbal oder physisch angegriffen. Schuster: „Wer täglich 100-prozentigen Einsatz im Interesse dieser Gesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger leistet, für den muss Politik ebenso 100 Prozent leisten. Wir fordern bessere Bedingungen, mehr Wertschätzung und Anerkennung. Das ist gerade heute wichtiger denn je.“ ■



DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann



Stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack

Foto: DGB | Foto (r.): DGB/Smone M. Neumann

KAMPAGNE #100FÜR100

Wertschätzung für „Gute Arbeit“

Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender)

Elke Hannack (stellvertretende DGB-Vorsitzende)

Arbeit ist für viele Menschen ein wichtiger Lebensinhalt. Sie ist im besten Fall weit mehr als der sprichwörtliche Broterwerb, sondern vermittelt das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun. Für das eigene Tun Anerkennung zu erfahren, hat dabei für jede und jeden Beschäftigten einen nicht zu unterschätzenden Wert. Wichtig ist, dass Anerkennung nicht auf das vielzitierte Klatschen reduziert werden darf. Anerkennung für das eigene Tun spiegelt sich auch und vor allem in den Arbeitsbedingungen wider.

Als Gewerkschaften kämpfen wir für eine gerechte und zukunftsorientierte Gestaltung der Arbeitswelt. Wir kämpfen für gute Tarifverträge, für sichere Jobs und gegen den ausufernden Niedriglohnsektor. Kurz: Wir wollen für abhängig Beschäftigte eine gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen durchsetzen. Das gilt selbstverständlich auch für jene, die bei den Bundes- und Landespolizeien für unsere Sicherheit sorgen.

So kritisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seit Jahren die Spreizung im bundesweiten Besoldungsgefüge. Es ist nicht nachvollziehbar, warum 2020 zwischen der A9-Jahresbruttobesoldung (Eingangsstufe) des Saarlandes und der Bayerns eine Lücke von über zehn Prozent klafft. Diese Diskrepanz lässt sich im DGB-Besoldungsreport Jahr für Jahr nachlesen. Wenn für die gleiche Arbeit mitunter 3.800 Euro weniger im Portemonnaie landen, ist das nicht nur ungerecht. Es wird von den Kolle-

ginnen und Kollegen auch als Geringschätzung empfunden.

Dringender Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht jedoch über den monetären Bereich hinaus. Wenn etwa bei der Polizei Dienst im Schichtdienst und zu ungünstigen Zeiten geleistet wird, ist das gesundheitlich wie auch für das Sozialleben der Kolleginnen und Kollegen extrem belastend. Zwar ist eine beschäftigtenfreundliche Gestaltung von Dienstplänen durchaus möglich, doch die größte Stellschraube stellt die wöchentliche Arbeitszeit dar. Hier sind die Dienstherren gefragt. Denn es steht fest: Mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 oder mehr Stunden ist ein humaner, gesundheitserhaltender Wechselschichtdienst nicht machbar. Hier brauchen wir ein Umdenken!

Arbeit, die nicht krank macht, ist aber nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass die Bezahlung stimmt und die Arbeitszeiten zum Leben passen. Unsere Beschäftigtenbefragung „DGB-Index Gute Arbeit“ zeigt auf, wie wichtig das Betriebsklima für die Beschäftigten ist. Knapp 90 Prozent der Befragten berichten von großer Unterstützung und Hilfe durch Kolleginnen und Kollegen (so im DGB-Index Jahresbericht 2020, S. 62). Das ist auch innerhalb der Polizei der Fall. Ganz entscheidend dabei ist außerdem eine gute Führungskultur. Der Effekt ist sogar messbar. Wenn das Betriebsklima gut ist, bewerten die Beschäftigten ihren Gesundheitszustand deutlich positiver.

Eine alarmierende Entwicklung lässt die jährlich erscheinende Polizeiliche Kriminalstatistik erkennen. Immer häufiger werden Polizistinnen und Polizisten im Dienst beleidigt oder sogar körperlich angegriffen. Die Reaktion der Dienstherren darauf ist noch immer verhalten. Der DGB macht mit der Initiative „Vergiss nie hier arbeitet ein Mensch“ auf diesen Missstand aufmerksam – für sichere und gute Arbeitsbedingungen.

All diese aufgeführten Beispiele machen eines deutlich, mit der Wertschätzung für „Gute Arbeit“ ist es im Polizeidienst nicht gut bestellt. Deshalb macht sich die GdP mit der bundesweiten Kampagne „100 für 100“ dafür stark, dass die Polizeibeschäftigten durch Arbeitgeber und Dienstherren, jedoch auch durch unsere Gesellschaft stärker wertgeschätzt werden. Denn Wertschätzung trägt zu einer guten Arbeitsqualität bei. Sie motiviert und fördert das Wohlbefinden der Beschäftigten. Fehlt sie, führt das zu Frust und Stress. „100% Einsatz verdienen 100% Einsatz“ lautet daher euer treffendes Motto – das unterstützen wir als DGB.

“

Die Personaldecke und Ausstattung der Polizeien müssen endlich bedarfsgerecht und zukunftsfest aufgestellt werden.

Das Grundgesetz normiert unseren Staat als einen „sozialen und demokratischen Rechtsstaat“, indem alle Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf Bildung, Kultur, Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt auch auf öffentliche Sicherheit haben. Wie wichtig eine stabile öffentliche Infrastruktur ist, hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Zugleich wurde sichtbar, woran es mangelt. Die Personaldecke und Ausstattung der Polizeien müssen endlich bedarfsgerecht und zukunftsfest aufgestellt werden. Denn diejenigen, die im Dienst der Gesellschaft arbeiten, haben Unterstützung verdient. Für 100% Einsatz muss ihnen 100% Wertschätzung entgegengebracht werden. Es ist also Zeit, dass „Gute Arbeit“ im öffentlichen Dienst eine Selbstverständlichkeit wird. ■

Hingeschaut

SOZIALES NETZWERK DER POLIZEI

Digitale Dienststelle



Was wäre eine digitale (Polizei-)Welt ohne eine virtuelle Polizeidienststelle? Ohne einen Ort, an dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter digital treffen können? Jedenfalls nicht zeitgemäß, oder? Die Polizei Niedersachsen ging mit der Zeit, wie unser DP-Autor weiß.

Nils Allendorf

Als 2017 die Entscheidung fiel, ein internes soziales Netzwerk für die niedersächsische Polizei einzuführen, war nicht vorhersehbar, wie bedeutend sowohl die digitale Kommunikation als auch die Wissensweitergabe in Pandemiezeiten werden würde. Noch ist die Corona-Lage zwar nicht überstanden, die besonderen Herausforderungen der vergangenen Monate machen jedoch deutlich, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben.

26. November 2020: Rund 500 Teilnehmende einer digitalen Fachtagung der nie-



DP-Autor Nils Allendorf ist Referent für Kommunikation der Polizei Niedersachsen und arbeitet im Hannoveraner Innenministerium.

Foto: privat

dersächsischen Polizei verfolgen an diesem Tag am Bildschirm, wie Landesinnenminister Boris Pistorius und Landespolizeipräsident Axel Brockmann den Startschuss für das erste „Polizeiinterne Soziale Netzwerk“ (PSN) geben. Sie drückten damit den Startknopf für einen organisationskulturellen Wandel in der innerpolizeilichen Kommunikation – ein bislang unbetretener Pfad hin zu mehr Transparenz, Kollaboration und Netzwerk.

Seit mehr als einem halben Jahr nutzen die Polizeibeschäftigten des nordwestlichen Flächenlandes das hierarchiedurchlässige Social-Intranet und erproben es als zusätzlichen digitalen und informativen Treffpunkt. Die Vielseitigkeit des PSN fördert die effizient vernetzte Kommunikation und erleichtert das gemeinsame Arbeiten über Dienststellengrenzen hinweg. Ein Vorteil, dessen Wert vor allem angesichts der pandemiebedingten Reduzierung persönlicher Kontakte zu Tage tritt, wenn auch allen Teilnehmenden klar ist, dass der PSN-Werkzeugkoffer wertvolle persönliche Kontakte und Gespräche nicht vollständig ersetzen kann – und soll.

Was ist polizeiinternes, soziales Netzwerken?

Das PSN ist eine Form des Social-Networking-Service, wie viele es von populären Social-Media-Plattformen, beispielsweise Facebook, kennen. Im Besonderen ist es die Antwort der niedersächsischen Polizei auf die Bedürfnisse von Menschen, die in einer zeitgemäßen und vor allem digitalen Arbeitswelt bestehen wollen und müssen. Als digitale Dienststelle für jede und jeden Beschäftigten rückt das PSN Themen wie Wissenstransfer, Zusammenarbeit und Beteiligung in den Fokus. Von den neuen interaktiven Möglichkeiten sollen möglichst viele profitieren. Nutzende können, dürfen und sollen sich profilbasiert einbringen und Netze knüpfen. Bisher trennende Funktions- und Behördengrenzen verlieren zugunsten einer umfassenden Kooperation an Bedeutung.

Losgelöst von Hierarchie und Position laden Funktionen wie Kommentieren, Bewerten („gefällt mir“), Taggen und Teilen dazu ein, teilzuhaben und mitzuwirken. Alle Anwendungen, die diese Plattform in sich vereint, darunter Foren, Blogs und Wiki-Arti-

kel, unterstreichen den Wandel von einem vertikalen Miteinander hin zu einem gemeinsamen Nebeneinander.

Womöglich bestehende Kommunikationsbarrieren in der Organisation werden aufgebrochen, dem Verstecken und Einbunkern von Informationen wird entgegengewirkt. Das Worum-es-geht sowie das Wie-es-geht lassen sich in Form vieler aktueller Beiträge und Diskussionen, die jederzeit für alle Nutzenden verfügbar sind, gestalten. Ohne, dass Rang- und Unterordnung das Steuern und Verteilen der Informationen bestimmen.

Kernfunktionen

Neben einer inhaltsübergreifenden, leistungsstarken Suchfunktion werden Nutzerinnen und Nutzer auf der PSN-Startseite über das, was polizeilich im Land passiert sowie spezifische Nachrichten der eigenen Dienststelle informiert. Jede Dienststelle kann sich zudem auf einer eigenen Seite präsentieren und relevante Dokumente wie Erlasse, Verfügungen oder Dokumente geordnet und via Volltextsuche recherchierbar ablegen. Auch auf den Umgang mit Verschlusssachen der Kategorie „Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD) ist Rücksicht genommen worden.

Blogs, Foren und Wikis als die drei bedeutsamen Kernelemente verschiedener sozialer Netzwerkfunktionen begründen die Philosophie der aktiven Teilhabe in einer Organisation. Sie bringen die soziale Interaktion in Fahrt und ermöglichen ein qualifiziertes, professionelles Wissensmanagement. Auch wenn diese Tools im Internet seit Jahren genutzt werden, sind Organisationen wie die Polizei herausgefordert, sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen nutzbar zu machen und eine ausreichende Akzeptanz dafür zu erzielen.

Führungswandel

Werden neue Werkzeuge und Methoden eingeführt, fährt ein gewisses Maß an Unsicherheit – fast schon automatisch – mit. Neue digitale Funktionen verändern die Kommunikation innerhalb der Polizeiorganisation und sorgen damit für frische Anforderungen an Führung. Da Führung durch Kommunikation wirkt, erweitert das PSN die

„Die digitale Dienststelle ist ein wesentlicher Pfeiler der Digitalstrategie der Polizei Niedersachsen.“

Palette der Führungskräfte, zum Beispiel durch die Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in digitaler Regelmäßigkeit über bedeutsame Ereignisse oder Entscheidungen in dem jeweiligen Verantwortungsbereich auf Stand zu bringen.

Es eröffnet jedoch vor allem Wege, den teils divergierenden und komplexen Ansprüchen und Erwartungen der vielschichtigen Anspruchsgruppen im Sinne moderner Führung zu entsprechen und Orientierung zu geben, zum Beispiel:

- **Liken**, um wertzuschätzen,
- **Kommentieren**, um zu beteiligen oder
- **Teilen**, um zu motivieren und anzuspornen.

Der Wille, sich mit den Werkzeugen zu beschäftigen, ist jedoch die Voraussetzung dafür, dass Führungskräfte erst die Optionen erkennen, die ihnen digitale Kommunikationswerkzeuge für ihre Führungsaufgabe bieten. Blogs ermöglichen beispielsweise eine beteiligungsorientierte Zwei-Wege-Kommunikation, indem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Meinung zu bestimmten Themen oder Entscheidungen darlegen und mitteilen können – sei es zu perspektivischen Entwicklungen der Dienststelle oder bei Fragen der Gestaltung des nächsten Dienststellenausflugs.

Reifezeit

Die Polizei Niedersachsen wird weiter daran arbeiten, die digitalen Chancen eines internen sozialen Netzwerkes noch effektiver zu nutzen. Kommunikationstools sollen in dem Prozess zu einem selbstverständlichen Instrument von Führungsarbeit werden. Eine Organisationskultur, die auf Offenheit und Transparenz setzt, erleichtert das Einschwenken auf neue Wege der Personalführung. Bereits jetzt ist klar: Anfängliche Bedenken oder gar Ängste, Machtverhältnisse könnten sich durch die neue Offenheit und Transparenz verschieben und unsachgemäße Kritik würde überwiegen, waren und sind unbegründet. Der Austausch und das Feedback der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten bereits jetzt zahlreiche nützliche Anregungen, von denen die Polizei Niedersachsen profitiert.



DP-Autor Till Maurer ist Leiter der Koordinierungsstelle Fortbildung der Polizei Niedersachsen. Er führt die Projekte „Digitaler Wissenstransfer“ und „Bildung neu denken“.

Foto: Polizei Niedersachsen

Neue Verteilungswege und -formen machen das vorhandene Wissen spürbar schneller und besser sichtbar. Vielfältige Maßnahmen im Rahmen gezielter Veränderungen haben Führungskräfte und Mitarbeitenden Mut gegeben, sich auf das Austauschen und Voneinander-Lernen einzulassen. Erkannt wurde das gemeinsame Ziel des Ausbaus einer digitalen Dienststelle als unterstützendes Element für das Miteinander im Analogen.

Um nachhaltigen Erfolg zu sichern, soll das Projekt auch nach der Einführungsphase zuverlässig und mehrere Jahre lang begleitet werden. So wurden bereits Imagevideos veröffentlicht, die Mitarbeitende darin bestärken, an der digitalen Transformation teilzuhaben und sie mitzugestalten. Video-Tutorials erläutern die Philosophie sowie den Nutzen der neuen Funktionen und vermitteln ihnen die dafür erforderlichen Kompetenzen. Proaktiv begleiten zwei Community-Managerinnen den PSN-Alltag.

Neben dem Projekt geleiten in jeder Behörde sogenannte Guides ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Nutzung der Plattform. Nach Vorabschulungen sind diese in der Lage, bei Fragen zum PSN angesprochen zu werden. Vor dem Hintergrund, größtmögliche Akzeptanz zu erreichen, waren Anwenderfreundlichkeit und Praktikabilität bereits bei der PSN-Entwicklung von großer Bedeutung. So wurden viele Funktionen des Alltags wie die polizeilichen Auskunftssysteme, der Niedersachsen-Messenger – das dienstliche Kommunikationstool auf privaten Endgeräten –, Outlook, Skype und vieles mehr im System verlinkt.

Das Netz wächst

Nach mehr als sechs Monaten sind über 1.200 Blogs und Foren eingerichtet. Ein Drittel der Beschäftigten ist täglich auf der Plattform aktiv. Dennoch befindet sich die Polizei Niedersachsen noch ganz am Anfang dieses mehrdimensionalen Veränderungsprozesses, der sich erst mit der weiteren Nutzung der Möglichkeiten des PSN in größerer Tragweite erkennen lässt. Er wird die Polizei womöglich tiefgreifend in ihrer Organisationskultur verändern und – wenn alles gut verläuft – zu mehr Transparenz, Qualität und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit führen. ■

Digitales Wissen über das PSN transferieren

Blogs, Foren und Wikis bieten allen Beschäftigten einen orts- und zeitunabhängigen Zugang zum Organisationswissen. Wirklich nutzbar und zum Mehrwert wird das Angebot erst durch die Integration des digitalen Wissenstransfers in bisherige Strukturen. Unterm Strich: das Erweitern der von Präsenzveranstaltungen geprägten Fortbildungsarbeit um digitale Angebote.

Dazu wurden neben einem „Bildungs-Wiki“, das eher beständiges Fachwissen zu den unterschiedlichsten Themenfeldern beinhaltet, Blogs zu den jeweiligen Fortbildungsthemen erstellt. Über diese Blogs erhalten die Nutzenden ständig aktuelle Informationen zum jeweiligen (Fortbildungs-) Themenbereich.

Neben Textbeiträgen werden zunehmend Audio- und Videopodcasts produziert, um das Wissen in einem smarten und adressatengerechten Format anzubieten. Diese werden sowohl für die informelle sowie ergänzend – teils gänzlich – für die formale Fortbildung genutzt: zum Beispiel das Einweisen in das Tragen der Body-Cam über ein entsprechendes Lehrvideo. Eigens an der Polizeiakademie Niedersachsen (PA NI) eingerichtete Green-Screen-Räume ermöglichen dabei eine zeitgemäße Aufnahmetechnik.

Insbesondere bei aktuellen Themen, bei denen schnell und umfassend eine große Zielgruppe erreicht

werden muss, erweisen sich eigens dafür ins Leben gerufene und inhaltlich fortentwickelte Blogs als gute Wahl.

Wandel in der Lehre

Mit dem PSN setzt sich ein bildungskultureller Wandel in Gang. Die Lehrenden entwickeln zwangsläufig digital-didaktische Fähigkeiten, werden zu „Lernbegleitenden“, moderieren und vernetzen Wissen. Mehr Eigeninitiative bei der eigenständigen Qualifizierung stehen auf der Soll- und Haben-Seite der Lernenden. Wiki-Artikel und Blogs können gemeinsam erstellt, betrieben, kommentiert und sogar redigiert (Wiki) werden. Vernetzung und Kollaboration nehmen zu.

Der Wandel in der (Fort-)Bildungsarbeit nimmt Gestalt an. Seit Anfang 2020 gewährleistet dies die Polizeiakademie Niedersachsen (PA NI) mit der inhaltlichen und strukturellen Gestaltung des digitalen Wissenstransfers über das PSN. 60 Fortbildungs-Blogs mit über 200 Lehrvideos und zahlreichen Artikeln bilden das derzeitige Angebot. Digitale und analoge Fortbildungsangebote verzahnen sich zunehmend.

Dass der sich bewährende, eingeschlagene Weg auf die gesamte Bildungs- und bisweilen auch Arbeitskultur wirkt, ist unverkennbar. Damit beschäftigt sich nunmehr das an der PA NI neu gegründete Projekt „Bildung neu denken“. ■

ARBEITSMARKTKRIMINALITÄT

Moderne Sklaverei

Die zivilisierte Welt ist sich einig: Sklaverei ist barbarisch und darum verboten. Dennoch gibt es sie. Im Verborgenen handeln Menschen mit Menschen. Bekämpfen soll das in Deutschland der Zoll. Wie das geht – oder eben auch nicht, erklärt DP-Autor Frank Buckenhofer.



ILLEGALE BESCHÄFTIGUNG

Wir sorgen für mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt.



Frank Buckenhofer

Der Sklavenhandel ist eine Erfindung aus der Hochkultur des Altertums. Dieser erstreckt sich in veränderter Weise subtil bis in die Gegenwart. Während Sklaven noch bis in das 19. Jahrhundert offen gehandelt wurden, ist ein solcher Markt der Ausbeutung für Polizei und Zoll heute kaum sichtbar und schwer zu ermitteln. Entweder findet die Ausbeutung im Verborgenen statt oder tarnt sich hinter verschachtelten und oftmals grenzüberschreitenden Vertragskonstruktionen. Den Schaden tragen die, die unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen, und nicht zuletzt der Staat, dem durch illegale Beschäftigung Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe vorenthalten werden.

Nun könnte man annehmen, dass hierzu-lande Menschenhandel, Ausbeutung, Sklaverei und Unterdrückung längst abgeschafft seien. Immerhin garantiert die Bundesrepublik eine verfassungsmäßige Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Die Straftatbestände Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft oder Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung dürften in entwickelten Zivilgesellschaften bestenfalls nur noch in der Erinnerung existieren. Sie sind unzweifelhafte Merkmale eines völlig verrohten und anachronistischen Barbarenverhaltens.

Moderne Sklavenmärkte

Dennoch existiert im sozialstaatlichen Deutschland immer noch eine Vielzahl profitabler Möglichkeiten der Ausbeutung gibt. Der Volksmund bezeichnet diese Schlupflöcher auch als „moderne Lohnsklaverei“. Der Visa-Untersuchungsausschuss des Bundestages im Jahr 2005 machte genau das deutlich. Er zeigte, dass eine Vielzahl zunächst touristisch erteilter Einreisvisa für Osteuropäer nicht deswegen beantragt wurde, weil die Antragsteller etwa die Dresdner Semperoper, den Hamburger Hafen oder das Münchener Oktoberfest besuchen wollten.

Problematisch: Bereits damals konnte das Bundesfinanzministerium (BMF) mangels ausreichender Datenerfassung im Zoll

kaum Auskunft über festgestellte illegal Beschäftigte mit derartigem Herkunftsbezug geben. Die Logik der hohen Finanzbeamten: Für die Nacherhebung der Sozialversicherungsbeiträge sei es unerheblich, aus welchem Land jemand komme. Der Hinweis auf die Notwendigkeit von Lagebildern zur Kriminalitätsbekämpfung stieß in der Führungsetage des BMF auf große Augen und wenig Verständnis.

Ein aktuelles Beispiel ungebremster Geldgier auf dem Rücken prekär Beschäftigter sind die sogenannten Schnitzelbarone. Jene Fleischindustrielle, die in der Corona-Pandemie in die Schlagzeilen gerieten. Die vermeintlich neue Spitze eines alten Eisbergs. Das Erbärmliche dieser untergründigen Arbeitswelt zieht sich wie ein Krebsgeschwür durch viele Branchen. Sie reichen von fast systemrelevanten Weltkonzernen bis zu Kleinstunternehmen. Ob Industrie, Gastgewerbe, Bauwirtschaft, körpernahe Dienstleistungen, Servicedienste oder Handel: Überall, wo es gierige Unternehmer gibt, finden sich undurchsichtige Vertragskonstruktionen.

Finanzpolizei für mehr Schlagkraft

Im Kampf gegen diese Straftaten, die nicht selten weit in die Organisierte Kriminalität hineinreichen, muss der Zoll endlich als schlagkräftige Polizei auf dem Arbeitsmarkt agieren. Dazu hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereits zur Jahrtausendwende ein klares Konzept vorgelegt: Die vielfältigen und unverzichtbaren Polizeiaufgaben des Zolls müssen in einer starken Finanzpolizei gebündelt werden – vergleichbar mit der italienischen Guardia di Finanza.

Trotz permanenter politischer Lippenbekenntnisse im Kampf gegen Schmuggel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanz- und Steuerkriminalität sowie der massiven Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt haben weder Rot-Grün noch Schwarz-Rot und auch nicht Schwarz-Gelb etwas verändert. FDP (2012) und SPD (2017) haben die Finanzpolizei zur Beschlusslage ihrer Parteien gemacht. Die Linke tat dies 2013 auch. Nur geholfen hat es nicht. Der Zoll dümpelt weiterhin als reine Finanzverwaltung vor sich hin. Seine motivierten Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungskräfte warten seit Jahren im

„Der Zoll dümpelt weiterhin als reine Finanzverwaltung vor sich hin.



Beamte des Zoll bei einem Einsatz gegen illegale Beschäftigung, Mindestlohnverstöße und Sozialleistungsmisbrauch auf einer Großbaustelle.

polizeilichen Kampf gegen die Organisierte Kriminalität auf moderne Technik, bessere Einsatzmittel, klare Melde- und Befehlswege, mehr und bessere Datenzugänge sowie eine geeignete IT.

2004 beschloss der damalige Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG). Die Folge: Der Zoll wurde beauftragt, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung zu intensivieren. Der möglicherweise ernste politische Wille der Bekämpfung blieb jedoch spätestens in der behäbigen Bürokratie eines kreativ- und mutlosen BMF hängen.

Teuer und ineffektiv

Wenn hohe Finanzbeamte im BMF einen glasklar im Gesetz formulierten Polizeiauftrag zur Kriminalitätsbekämpfung bekommen, wären sie keine hohen Finanzbeamten, wenn sie nicht schon bei der Wahl des Namens für diese Einheit einen völlig untauglichen Begriff wählen würden – „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS). Dass sich dahinter eine Arbeitsmarktpolizei verbergen soll,

„Die vielfältigen und unverzichtbaren Polizeiaufgaben des Zolls müssen in einer schlagkräftigen Finanzpolizei gebündelt werden – vergleichbar mit der italienischen Guardia di Finanza.

kann man nicht mal erahnen. Der Begriff führt in die Irre, weil die Aufgabe des Zolls nach dem SchwarzArbG ja gar keine Finanzkontrolle ist. Welche Finanzen werden denn wann, wo und bei wem kontrolliert?

Seit 2004 wurde die FKS immer nur teurer gemacht, nicht aber effektiver. Mehrere Berichte des Bundesrechnungshofes geben ausreichend Zeugnis von der Unfähigkeit im BMF, der Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt ernsthaft und mit guten Strategien und Strukturen zu begegnen. Der Mangel an polizeifachlicher Expertise im Ministerium zeigt sich hier in gleicher Weise verheerend wie schon bei der Schmuggel- und Geldwäschebekämpfung. Die Erfolge des Zolls sind auch hier nur dem unermüdlichen und engagierten Einsatz der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu verdanken, die trotz schlechter Ausrüstung, mangelnder Datenzugänge, schlechter IT und untauglicher Behördenstrukturen immer wieder Täter der Justiz überführen. Selbst das in der laufenden Legislatur verabschiedete neue SchwarzArbG mit seinen Weiterungen bleibt halbherzig auf halbem Wege als vertane Chance stecken. Wesentliche Neuerungen, von der GdP aus polizeifachlicher Sicht in ihrer Stellungnahme gefordert,



DP-Autor Frank Buckenhofer ist Vorsitzender der GdP Zoll im Bezirk Bundespolizei.

Foto: GdP Bundespolizei

sind nicht umgesetzt worden. Stattdessen schrieb man dem Zoll weitere Aufgaben aus anderen Rechtsgebieten im Zusammenhang mit der Zahlung des Kindergeldes in das Gesetz. Das bremst die polizeiliche Arbeit des Zolls bei der Verfolgung von Straftätern auf dem Arbeitsmarkt. Dass ausgerechnet in einer Zeit, in der die SPD das Bundesarbeits-, Bundessozial- und Bundesfinanzministerium zugleich besetzt, keine großen Sprünge möglich waren, lässt tief in deren Kraft-, Mut- und Konzeptlosigkeit blicken.

Hätte, wäre, könnte ...

Finanzminister Olaf Scholz hätte in der laufenden 19. Legislaturperiode zur Freude des Arbeits- und Sozialministers Hubertus Heil wirklich Großes und Gutes im

Zoll bewirken können. Vorschläge zur dringend notwendigen Neuausrichtung seines Zolls wurden ihm und seiner Partei immer wieder unterbreitet. Nicht nur von der GdP. Wer allerdings in diesem Fall mehr auf den trägen und von eigenen Partikularinteressen getriebenen ministeriellen Bürokratenapparat hört, dem es zudem an der nötigen polizeifachlichen Expertise fehlt, als auf kriminalpolitische Fachleute, darf sich nicht wundern, wenn es am Ende nicht funktioniert. Lediglich mehr Personal in eine untaugliche Struktur zu stoppen, macht alles nur teurer – aber niemals besser. Gestört wird die Arbeit des Zolls zudem immer wieder durch sinnbefreite Kleinen Anfragen aus der Politik und geneigten Organisationen.

In vielen Gesprächen versuchten Vertreter der GdP der Politik zu erklären, dass man

Kriminalität nicht mit der Erhöhung statistischer Kontrollzahlen bekämpft. Im Zweifel verkehrt dieser Ansatz den Fokus von gezielter Ermittlung, hin zum Erfüllen statistischer Zielwerte. Die Folge: Kolleginnen und Kollegen werden von einer Prüfung in die nächste geschleucht, um dem Zahlenbedürfnis der Politik zu entsprechen. Währenddessen reibt sich die Bau-Mafia die Hände und zählt fleißig ihr Geld.

Umstände anhand von Zahlen interpretieren zu wollen hilft nicht weiter. Um sie zum Besseren zu verändern hilft nur Anpacken. Ob die kommende 20. Legislaturperiode den Zoll aus dem Stillstand in eine dynamische Zukunft führt? Die Kolleginnen und Kollegen haben es angesichts ihres engagierten Einsatzes gegen die Kriminellen in jedem Fall verdient – vor allem aber die Ausgebeuteten moderner Sklavenmärkte. ■

ANZEIGE

EINFACH SICHERER

UVC-Raumluftentkeimung ist hocheffizient, auch gegen Coronaviren*.

Mit dem leisen, zuverlässigen SteriWhite Air Q schützen Sie Ihre Mitarbeiter und Besucher noch besser vor Infektionen.

Die optimale Ergänzung zu Ihrem bestehenden Hygienekonzept.

www.einfach-sicherer.de

Inaktiviert Viren, Keime und Bakterien bis zu **99,99 %****

* Inaktivierung von SARS-CoV-2-Viren auf Oberflächen wissenschaftlich belegt.
** Inaktivierungsrate variiert je nach Keimart und Umgebungsbedingung



hönle
uv technology

Im Gespräch

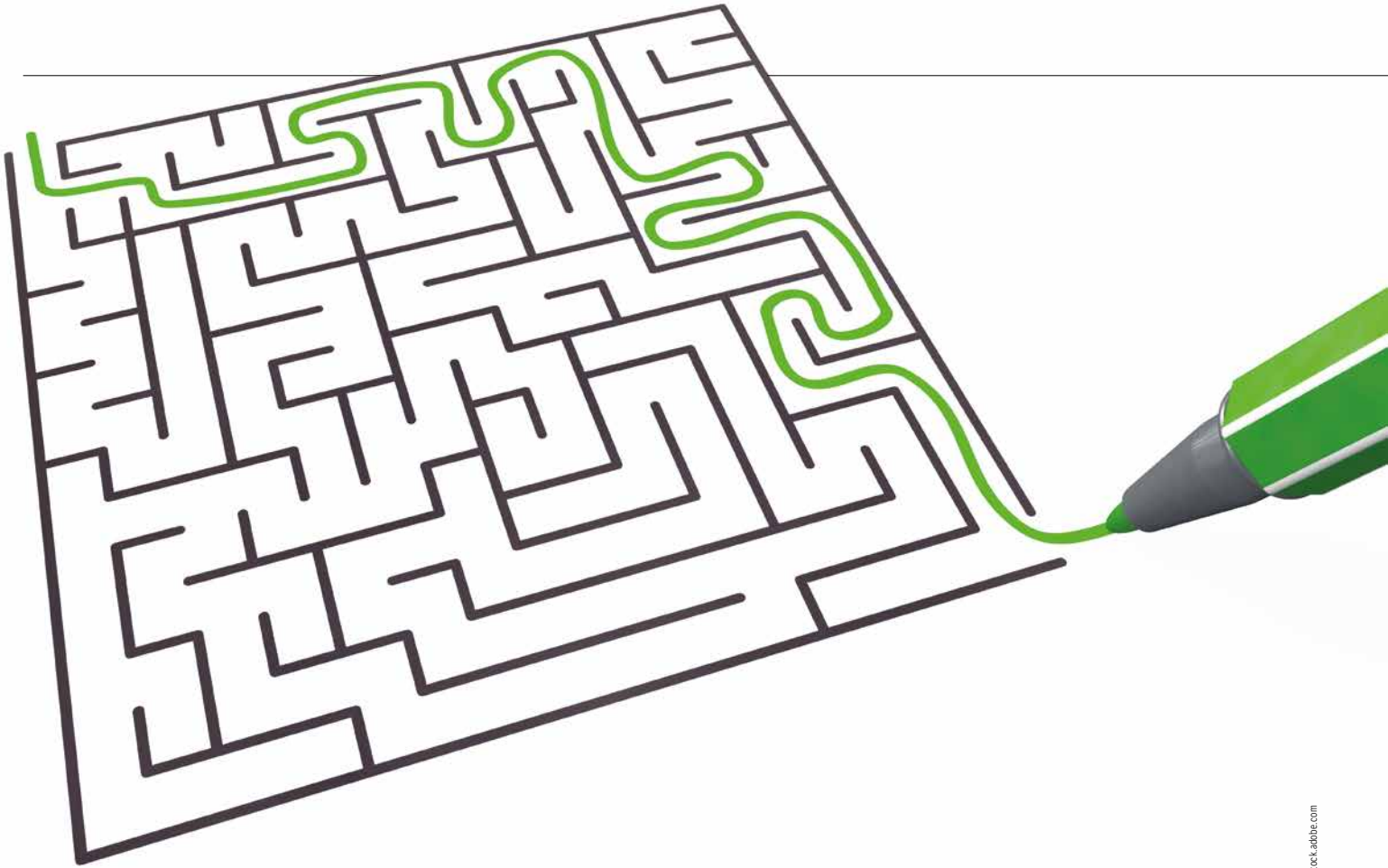


Foto: blueesign/stock.adobe.com

DER HOHENHEIMER VERSTÄNDLICHKEITSINDEX

„Politiker wollen nicht immer verstanden werden“

Sich verständlich zu machen ist womöglich die größte Hürde der Kommunikation. Der Wissenschaftler Prof. Dr. Frank Brettschneider und sein Team messen die Verständlichkeit von Sprache. Im DP-Gespräch erklärt er, warum Wahlprogramme gemeinhin als schwer verständlich gelten.

Michael Zielasko

DP: Herr Prof. Brettschneider, sich auf vielerlei Weise auszudrücken ist dem Menschen angeboren. Warum haut es trotzdem beim Kommunizieren so oft nicht hin?

Prof. Dr. Frank Brettschneider: Wir denken beim Kommunizieren oft zu sehr an uns. Und zu wenig an die Empfänger – die Leser oder die Zuhörer. Dann gebrauchen wir zum Beispiel Begriffe, die uns geläufig sind. Aber die anderen verstehen diese nicht, weil es sich um Fachsprache handelt. Oder wir verwenden Ironie, die die Empfänger als solche nicht erkennen. Teils formulieren wir nicht klar genug, was wir meinen. Und die Empfänger müssen das dann entschlüsseln.

DP: Haben es Sprachakrobaten im Leben eher leichter?

Brettschneider: Sprachakrobaten sind redegewandt. Das hilft ihnen zwar. Denn dabei geht es um die Fähigkeit, die eigenen Gedanken sprachlich so zu verpacken, dass

andere sie verstehen können. Aber Redegewandtheit allein reicht nicht. Wichtiger ist noch die Substanz dessen, was man mitteilen möchte. Unfug wird nicht sinnvoller, wenn er sprachlich ansprechend verpackt wird.

DP: Was ist Ihr Nummer-Eins-Hausmittel, damit mich alle so verstehen wie beabsichtigt?

Brettschneider: Nummer-Eins: Immer an die Empfänger denken. Zweitens hilft folgende Regel ungemein: Ein Gedanke, ein Satz. Man sollte also nicht zu viele Informationen in einen Satz packen, sondern nach Möglichkeit nur einen Gedanken. Und der nächste Gedanke bekommt dann seinen eigenen Satz. Das macht es den Empfängern viel leichter, der Botschaft gedanklich zu folgen.

DP: Sie kennen sich mit politischer Sprache aus. Wollen Politikerinnen und Politiker wirklich immer verstanden werden?

Brettschneider: Nein. Sie wollen nicht immer verstanden werden. Einer meiner Studenten hat mal die großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler analysiert. Sein Ergebnis war eindeutig: Erfolge und populäre Maßnahmen gießen die Bundeskanzler in ihren Reden in einfache Sätze. Unpopuläre Maßnahmen hingegen verpacken sie oder ihre Redenschreiber in lange Schachtelsätze. Und sie verwenden dann gerne Fachbegriffe. Wir sprechen in diesen Fällen von taktischer Unverständlichkeit.

DP: Die Verständlichkeit schriftlicher Texte ist einer Ihrer Forschungsschwerpunkte. Eigentlich schade, dass darüber geforscht werden muss, oder?

Brettschneider: Ja, da haben Sie Recht. Verständliche Kommunikation sollte eigentlich selbstverständlich sein. Die Regeln dafür sind nicht schwer.

DP: Schafft schwer verständliche Sprache Distanz zum Lesenden?

Brettschneider: Ja, das ist so. Erstens empfinden Lesende objektiv schwer verständliche Sprache tatsächlich auch subjektiv als schwer verständlich. Zweitens verstehen sie die Inhalte dann tatsächlich nicht so gut. Dies sehen wir, wenn wir im Anschluss an das Lesen eines Textes einen Lücken-Text-Test durchführen. Bei gut verständlichen Texten sind die Test-Ergebnisse wesentlich besser als bei schwer verständlichen. Drittens erinnern sich Lesende besser an die Inhalte leicht verständlicher Texte. Und viertens empfinden sie die leicht verständlichen

ANZEIGE

TOP ANGEBOTE, TOP PREISE!

Polizeiautohaus.de

Konditionen kurz vor kriminell



Besucht uns auf der Website
www.polizeiautohaus.de.

Autos online kaufen zu
exklusiven GdP-Konditionen!



GdP-Plus Partner





Prof. Dr. Frank Brettschneider ist seit April 2006 Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Kommunikation bei Bau- und Infrastrukturprojekten, die Verständlichkeitsforschung, die Politische Kommunikation (insbesondere Wahlforschung) und das Kommunikationsmanagement.

Foto: Universität Hohenheim

Texte in der Regel auch als glaubwürdiger. Es gibt also gute Gründe, sich verständlich auszudrücken.

DP: Dann müssten doch Wahlprogramme sehr leicht zu verstehen sein?

Brettschneider: Das sollte man meinen. Leider sind sie es nicht. Wir haben mehr als 700 Landtags-, Bundestags- und Europawahlprogramme analysiert. Die Verständlichkeitshürden sind stets die Gleichen: komplizierte, zusammengesetzte Wörter, Fachbegriffe, „Denglish“ und Monster-Sätze mit über 40 Wörtern. Da finden Sie dann „Ridepooling-Dienste“, „Eigengewichtsübungen“, „Strahlformungsantennen“, „Postwachstumsansätze“, „Aufgabenverteilungswahrnehmung“ und „Akzeleratoren“, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

DP: „Denglish“ klingt zumindest global und modern ...

Brettschneider: Diese Wortkombinationen aus Deutsch und Englisch sind ähnlich problematisch wie viele Anglizismen. Denn sie sind für die Mehrheit der Wählenden unverständlich: „Diversitycheck“, „Smart-Metering“, „Tenure-Track-Beschäftigungsmodelle“, „Funklochscreening“, „Beamforming-Antennen“ oder „Cyber-Valley-Regionen“. Das sind alles Beispiele aus den Programmen zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in diesem Frühjahr.

DP: Wie messen Sie denn die Verständlichkeit solcher Schriften?

Brettschneider: Wir haben dafür – gemeinsam mit einem Unternehmen in Ulm – eine Software entwickelt. TextLab, so heißt die Software, misst zahlreiche Wort- und Satzmerkmale. Zum Beispiel Satzlängen, Wortlängen und den Anteil der Schachtelsätze. Daraus ergibt sich der „Hohenheimer Verständlichkeitsindex“. Er bildet die Verständlichkeit von Texten auf einer Skala von 0 (schwer verständlich) bis 20 (leicht verständlich) ab. Zum Vergleich: Doktorarbeiten in Politikwissenschaft haben eine durchschnittliche Verständlichkeit von 4,3 Punkten. Hörfunk-Nachrichten kommen im Schnitt auf 16,4 Punkte. Politik-Beiträge überregionaler Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen“, der „Welt“ oder „Süddeutschen Zeitung“ kommen auf Werte zwischen 11 und 14.

DP: Verraten Sie uns bitte einige aktuellere Ergebnisse.

Brettschneider: Gerne. Die Wahlprogramme zur Landtagswahl in Baden-Württemberg haben im Schnitt einen Wert von 8,5 erzielt. In Rheinland-Pfalz waren es 8,0. Bei der letzten Bundestagswahl betrug die durchschnittliche Verständlichkeit 9,1. Die CSU schneidet übrigens immer besser ab als die anderen Parteien. Offenbar nimmt sie die Verständlichkeit etwas ernster. Außerdem sind zwei Teile der Programme bei allen Parteien verständlicher als der Rest: erstens die Einleitung und zweitens die Kritik an den politischen Kontrahenten.



Unfug wird nicht sinnvoller, wenn er sprachlich ansprechend verpackt wird.

DP: Im Superwahljahr 2021 haben Sie ja einiges zu tun. Können Sie schon einen Trend zu mehr oder weniger Verständlichkeit ausmachen?

Brettschneider: Nein, einen Trend gibt es nicht. Anders übrigens als bei den Reden, die die Vorstandsvorsitzenden der DAX-30-Unternehmen auf den Hauptversammlungen ihrer Unternehmen halten. Die untersuchen wir seit 2012. Und die Verständlichkeit dieser Reden wird von Jahr zu Jahr besser – von 9,8 im Jahr 2012 bis hin zu 15,5 im letzten Jahr. Es geht also, wenn man will.

DP: Sie dürften zu den hierzulande am besten informierten Wählerinnen und Wählern gehören. Welchen Einfluss haben die durchforsteten Wahlprogramme auf ihre eigene Entscheidungsfindung?

Brettschneider: Keinen großen Einfluss. Meine Entscheidung habe ich meist schon vorher getroffen – auf der Basis vieler Informationen aus vielen Quellen. Unentschiedenen Wählenden kann ich aber die Lektüre der Programme empfehlen. Denn die Partei-

en halten sich später im Parlament erstaunlich häufig an das, was sie in ihren Programmen geschrieben haben.

DP: Wissen Sie, wie gut es den Wahlkämpfern auf den Straßen gelingt, die teils verklausulierten Wahlprogramme im Bürgergespräch zu übersetzen?

Brettschneider: Manchmal wissen auch die Wahlkämpfer nicht, was mit bestimmten Formulierungen im Wahlprogramm gemeint ist. Dann greifen sie auf die Kurzfassungen der Programme, die Broschüren oder die eigene Homepage zurück. Dort sind die Forderungen in komprimierter Form zu finden. Und meist sind die Formulierungen auch verständlicher als in der Langfassung der Programme.

DP: Haben klassische Wahlprogramme noch den Stellenwert, den sie vor der Social-Media-Zeit und der Online-Kommunikation hatten?

Brettschneider: Das ist unterschiedlich. Die Langfassungen dienen vor allem der Selbst-Verständigung der Parteien nach innen. Kaum ein Wähler liest diese Fassungen vollständig durch. Und doch sind sie wichtig. Denn sie bilden die Grundlage für die anderen Wahlkampfinstrumente der Parteien. Broschüren oder Flugblätter werden schon eher gelesen. Die Social-Media-Kanäle werden wichtiger, erreichen im Wahlkampf aber derzeit nur ein Viertel der Wählerinnen und Wähler – meist die jüngeren. Für die sind übrigens YouTube und Instagram von besonderer Bedeutung. An der Spitze stehen aber die guten alten Wahlplakate. Sie werden von zwei Dritteln der Wählerinnen und Wähler wahrgenommen. Damit sie wirken, müssen sie aber gut gemacht sein.

DP: Hand aufs Herz, wie verständlich sind denn Ihre verschrifteten Forschungsergebnisse?

Brettschneider: (lacht) Das messe ich nicht immer – aber manchmal. Die Pressemitteilungen sind jedenfalls verständlicher als ein wissenschaftlicher Beitrag in einer Fachzeitschrift. Da ist ja auch das Publikum ein anderes. Aber mal ehrlich: Natürlich entdecke ich auch in meinen Texten immer wieder sprachlich gruselige Passagen.

DP: Herr Prof. Brettschneider, vielen Dank für das Gespräch.



Finden. Finanzieren. Frei fühlen.

Die Baufinanzierung¹ der BBBank
mit Extra-Zinsrabatt für den öffentlichen Dienst.



¹ bonitätsabhängig



NEU: Jetzt auch online abschließen!

www.bbbank.de/baufinanzierung



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns



Innenleben

FORDERUNGEN DER GdP-SENIORENGRUPPE

Im Fokus: Altersdiskriminierung

Am 26. September sind Bundestagswahlen. Für DP hat die GdP-Seniorengruppe die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen erörtert und in politische Forderungen gegossen.

Ewald Gerke

Stellvertretender Bundesseniorenvorsitzender

Jede Stimme zählt bei uns gleich viel, egal wo wir unser „Kreuzchen“ machen. Eines sollte jedoch für alle von Verpflichtung sein: Wählen gehen! Nur wer wählt, bestimmt die Politik unserer Republik mit.

Die kandidierenden Politiker und Parteien haben im Vorfeld Wahlprogramme veröffentlicht. Darin kann man nachlesen, welche politischen Ziele verfolgt werden und was man als Partei umsetzen möchte, sofern man Regierungsverantwortung vom Wähler übertragen bekommt.

Zugegeben, es ist schon mühselig, sich durch die verschiedenen Wahlprogramme zu kämpfen, aber es lohnt sich. Nur so kann man mit ruhigem Gewissen seine Stimme der Partei und dem Politiker geben, der die eigenen Interessen am nachdrücklichsten vertritt.

Eines muss klar sein: Politische Extreme, egal ob rechts oder links, sollten nicht die Chance bekommen, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie wollen unser demokratisches System in der Regel nicht nach vorn bringen, sondern im Sinne ihrer Gesinnung nachhaltig verändern.

Jede Stimme zählt!

Die Seniorinnen und Senioren sind ein Teil der Gesellschaft – mit allen Rechten und Pflichten. Sie sind eine aktive Gruppe, die sich verstärkt ins gesellschaftliche Leben einbringen will. Von ihrem Wissen, ihrer Erfahrung, ihren Fähigkeiten und ihrem Willen, sich freiwillig in gesellschaftlichen Aufgaben zu engagieren, profitiert die Gesellschaft schon jetzt und wird dies in Zukunft umso mehr tun.

Der Anteil der Älteren wird in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten immer größer. Das resultiert sowohl aus den geburtenstarken Jahrgängen 1955 bis 1969 als auch aus der Tatsache, dass die Menschen hierzulande immer älter werden.

Diese Entwicklung stellt Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen, die mit und nicht nur für ältere Menschen bewältigt werden müssen. Einzubeziehen sind die gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen den Generationen zugunsten eines modernen Al-

tenbildes. Alter ist meist negativ belegt und steht dem Bild des jungen, aktiven, agilen, flexiblen Menschen entgegen. Nicht zuletzt leisten ältere Menschen, insbesondere Frauen, einen großen gesellschaftlichen Beitrag durch unsichtbare und unbezahlte Pflegearbeit von Angehörigen, aber auch in Institutionen in Milliardenhöhe.

Der DGB-Arbeitskreis Senioren und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) haben sich Gedanken gemacht und Forderungen aufgestellt, was sie von den Parteien für die kommende Bundestagswahlperiode erwarten. Sie wurden im Vorfeld den Parteien übermittelt, damit diese entsprechend Berücksichtigung finden können.

Demokratische Teilhabe

Als Teil der Gesellschaft, mit allen Rechten und Pflichten, ist es aus unserer Sicht für den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig, dass Senioreninteressen stärker zu berücksichtigen sind. Die demokratische Teilhabe Lebensälterer ist daher gesetzlich zu regeln. Politische Entscheidungen sollten nicht ohne die Mitwirkung und Mitgestaltung dieses Bevölkerungsanteils getroffen werden und eben so wenig, ohne deren besondere Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Wir fordern:

- **Die Schaffung einer Rahmengesetzgebung auf Bundesebene. Sie regelt die Grundzüge der Seniorenbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene.**
- **Die Zusammenfassung und Auswertung der Altenberichte und Schlussfolgerungen der Ergebnisse für die Unterstützung auf Landes- und kommunaler Ebene. Hierzu bedarf es einer zweckgebundenen finanziellen Förderung für Länder und Kommunen.**
- **Die Förderung von Projekten der Seniorenarbeit und -beteiligung, sowie von Veröffentlichungen, die sich dem Thema Seniorenbeteiligung widmen.**

Altersdiskriminierung

Die ältere Generation gilt in Teilen als kaufkräftige Zielgruppe („Silver Economy“). Jedoch erhalten Menschen in Rente und Pension schwieriger einen Kredit. Sie müssen zudem höhere Versicherungsprämien zahlen oder werden bei der Vergabe von Wohnungen und bei verschiedenen Ehrenämtern benachteiligt.

Wir fordern:

- Eine Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und die Aufnahme des Diskriminierungstatbestandes aufgrund des Alters, um entsprechende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten zu haben.
- Eine Änderung des Grundgesetzes und die Erweiterung um das Diskriminierungsmerkmal „Alter“ in Artikel 3, Abs. 3.

Digitalpakt für Ältere

Mit der Digitalisierung wandelt sich auch der Alltag älterer Menschen. Dies umfasst bereits die Umstellung auf digitale Verwaltungsakte und Onlinebanking. Die Digitalisierung befindet sich derzeit auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz, die in alle Lebensbereiche eindringt. Kein Individuum und keine gesellschaftliche Gruppierung kann sich dieser Tatsache entziehen. Die Nutzung im persönlichen Lebensbereich kann persönlich entschieden werden, ist aber kaum beherrschbar und zu kontrollieren.

Wir fordern:

- Ein Recht auf ein Leben ohne Internet: Analoge Zugänge und Angebote wie bei Behördenangelegenheiten, Fahrscheinkauf, Bankgeschäften und vielem mehr, müssen weiterhin ohne Nachteile – wie erhöhte Servicegebühren – verfügbar sein.

- Den Digitalpakt für ältere Menschen. Denn sie sind noch immer vom digitalen Leben abgeschnitten.
- Digitale Technologien in den Bereichen Gesundheit und Pflege dürfen immer nur unterstützend oder ergänzend eingesetzt werden und niemals als Ersatz für Personalstellen gelten.

Mobilität

Menschen im Alter haben besondere Anforderungen an Mobilität. Viele würden im Alter gern auf den eigenen Pkw verzichten, haben jedoch kein verlässliches und auf ihre Bedürfnisse abgestimmtes Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Um die Mobilität älterer Menschen zu erhöhen, ist ein konsequenter Ausbau des ÖPNV erforderlich. Durch spezielle Senioren-Tickets ist ein, dem Rentenniveau angepasstes und dadurch bezahlbares Beförderungsentgelt einzuführen. Zeitliche Einschränkungen darf es bei der Nutzung nicht geben. Zudem müssen in Kommunen mit guter Nahverkehrsversorgung Parkplätze zur Anbindung geschaffen werden. Die anschließende Nutzung des ÖPNV muss dadurch entgeltfrei sein.

Wir fordern:

- Mehr Mitsprache bei Ausschreibungen von Verkehren durch öffentliche Seniorenmitwirkungsgremien, um die Anforderungen an öffentliche Mobilität passgenauer auf die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren abzustimmen.
- Parkplätze für Menschen mit Versorgungs- oder Rentenausweis, insbesondere zur Anbindung an den ÖPNV. Diese sollen analog zu speziellen Parkplätzen für Behinderte und Frauen entstehen, um Wege einfacher und zugänglicher zu machen.
- Verwendung öffentlicher Gelder zur Schaffung von bezahlbaren, beziehungsweise kostengünstigen



DP-Autor Ewald Gerke wurde bei der Bundes seniorenkonferenz 2018 zum stellvertretenden Bundesseniorenvorsitzenden gewählt und zuständig für DGB-Arbeitskreis Senioren und BAGSO.

tigen Verkehrsangeboten wie Seniorentickets oder sogenannten 1-Euro-Tickets. Diese dürfen keine zeitliche Beschränkung beinhalten.

Wohnen im Alter

Ältere Menschen sind von den Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt besonders betroffen. Viele müssen durch gekürzte Renten und Versorgung sowie gebrochene Erwerbsbiografien mit wenig Geld im Alter auskommen. Die Versorgung mit bedarfsgerechtem Wohnraum in einer lebenswerten Wohnumgebung ist vielerorts gefährdet. Betroffen sind sowohl Menschen, die zur Miete wohnen als auch Eigentümerinnen und Eigentümer.

- Wir brauchen dringend gesetzliche Rahmenbedingungen für bezahlbare Mieten.
- Die Förderung von altersgerechtem Wohnungsneubau und Umbau ist auszuweiten. Die Rückbaupflicht für barrierefreie Mietwohnungen ist abzuschaffen und die kontinuierliche

„Alter ist meist negativ belegt und steht dem Bild des jungen, aktiven, agilen, flexiblen Menschen entgegen.“

Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen (Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen) im Rahmen eines Bundesprogramms.

Innere Sicherheit

Der grundgesetzliche Anspruch auf ein sicheres Leben hierzulande ist insbesondere für ältere Menschen von elementarer Bedeutung. Gerade sie werden verstärkt Opfer von Straftaten. Gezielte Präventionsprogramme und polizeiliche Beratungsstellen müssen für diese Aufgaben auf- oder ausgebaut werden. Ein weiterer Schwerpunkt der polizeilichen Beratung sollen Straftaten im Zusammenhang mit dem Internet sein (zum Beispiel Identitätsdiebstahl im Netz).

Die Programme müssen bundeseinheitlich gestaltet und umgesetzt werden, um den Nutzern einheitliche Informationsplattformen zu bieten. Der in der polizeilichen Beratung bestehende föderale Flickenteppich muss vermieden werden.

Verbraucherschutz

Die Altersphase der Menschen hat sich zeitlich ausgedehnt. Dadurch sind die Konsuminteressen Älterer differenzierter als früher. Sie haben daher besondere Schutzbedürfnisse.

Wir fordern eine Verbraucherschutzberatung als kommunale Pflichtaufgabe in jeder Kommune, um nahe bei den Menschen zu sein. Ebenso müssen Verbraucherzentralen eine kostenlose und umfassende Beratung in allen Bereichen zum Schutz der älteren Menschen leisten können. Die zum Schutz älterer Menschen notwendigen Rechtsnormen in verschiedenen Gesetzen müssen in einem Verbraucherschutzgesetz für ältere Menschen zusammengefasst werden und verständlich kommentiert werden.

Bildung und Kultur

Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau von Bildungsangeboten an Hoch-

schulen, Weiterbildungseinrichtungen, in Mehrgenerationenhäusern und sonstigen Bildungseinrichtungen ein. Der Zugang zum Seniorenstudium soll uneingeschränkt und bundesweit möglich sein.

Darüber hinaus fordern wir spezielle Seniorenangebote bei Mobilitäts-, Bildungs- und Kulturangeboten, zum Beispiel durch Seniorentickets. Durch die Einführung der Rente mit 67 und dem schleichenden Absinken des Rentenniveaus verlieren immer mehr Senioren die finanzielle Möglichkeit, sich am kulturellen Leben zu beteiligen. Eine solidarische Gesellschaft bietet allen einen unbeschränkten Zugang zu Bildung und Kultur, unabhängig vom Lebensalter und vom sozialen Status. Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen darf kein Schlagwort bleiben. Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, dass Lernen nicht mit dem Ende der Berufstätigkeit aufhört, sondern Angebote für ältere Menschen in allen Phasen ihrer zu gestaltenden Lebenszeit angeboten werden.

Der Einsamkeit im Alter entgegenwirken

Einsamkeit ist ein vielschichtiges Phänomen mit unterschiedlichsten Ursachen. Vor allem ältere Menschen sind betroffen und brauchen Unterstützung. Insbesondere im sehr hohen Alter kommt es zu einem Anstieg der Einsamkeit. Frauen sind durch ihre höhere Lebenserwartung stärker betroffen als Männer. Einsamkeit zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir fordern Begegnungsstätten, die nachhaltig finanziert und durch hauptamtliche Mitarbeitende unterstützt werden. Ebenso brauchen wir flächendeckende Beratungs- und Anlaufstellen für Senioren nach dem Vorbild der Quartiersbüros. Durch den demographischen Wandel und örtlich weit verstreute Familien werden künftig mehr Menschen im Alter auf Begegnungsstätten angewiesen sein als heute, daher braucht es eine langfristige Perspektive. **Wir fordern daher ein Bundesprogramm zur Sicherstellung der Begegnungsstätten in allen Landkreisen und deren Weiterfinanzierung durch Länder, Städte und Kommunen.**

Den Sozialstaat sichern und ausbauen

Die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme sind gerade auch durch die Corona-Krise groß. Ihre langfristige Leistungsfähigkeit und ihr hohes Leistungs-niveau können nur durch solidarische Lösungen garantiert werden. Das zeigt sich besonders deutlich bei der gesetzlichen Rente. Die Erfahrungen in der Corona-Krise haben deutlich gemacht, dass die fortschreitende Ökonomisierung und Privatisierung tiefe Spuren im Sozialstaat und bei der öffentlichen Daseinsvorsorge hinterlassen haben. Ungleichheit und Spaltung wurden befördert, die Versorgungssicherheit der Menschen hat über die Jahre gelitten. Die Beschäftigten etwa im Gesundheitswesen, in den Bildungsbereichen und in der Pflege von Kranken und Älteren brauchen gute Löhne und Arbeitsbedingungen.

Und es wird deutlich mehr Personal benötigt.

Gesundheitliche Daseinsvorsorge muss sich vor allem nach den Bedarfen der Versicherten und der Beschäftigten richten. Das Streben nach Renditen muss künftig ausgeschlossen werden, wo es um das höchste menschliche Gut, die Gesundheit, geht.

Die gesundheitliche Prävention muss gezielt ausgebaut werden. Präventionsmaßnahmen dürfen keine Altersgrenzen haben und müssen auf die medizinischen Bedürfnisse aller Lebensalter abgestimmt sein. Das Präventionsgesetz muss daher konsequent umgesetzt werden und dem Grundsatz „Prävention und Reha vor und bei Pflege“ folgen.

Mehr in Anspruch genommen werden sollte dabei unbedingt die Pflegeberatung nach Paragraph 7b, Sozialgesetzbuch XI. Pflegepersonen haben zudem einen Rechtsanspruch auf Entlastung durch Kuren oder stationäre Reha-Maßnahmen. Dieser Anspruch muss von den Reha-Kliniken umgesetzt werden, indem sie Betten dafür vorhalten.

Die Zuzahlung für Arzneimittel muss gesetzlich gedeckelt werden. **Ebenso fordern wir den ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent für alle frei zugänglichen Arzneimittel, Hilfs- und Heilmittel.** So werden auch die Ausgaben der Krankenkassen gesenkt. Ein einheitlicher Mehrwert-

Im Fokus

der GdP-Seniorinnen und -Senioren: Teilhabe, Diskriminierung, Digitalisierung, Mobilität, Wohnen, Sicherheit, Verbraucherschutz, Kultur, Einsamkeit, soziale Sicherung und Versorgung

steuersatz ist ungerecht, gerade vor dem Hintergrund, dass Tierfutter oder Schnittblumen unter den ermäßigten Satz fallen, Medikamente dagegen nicht. Das muss geändert werden. Zudem müssen Arzneimittel geschlechtergerecht geprüft werden, dabei sind Nebenwirkungen nach Geschlecht sowie Alter aufzulisten.

Zur Absicherung im Alter fordern wir ein gesetzliches Rentenniveau von mindestens 48 Prozent, das in einem weiteren Schritt angehoben werden soll auf etwa 50 Prozent – ohne dass die Regelaltersgrenze angehoben wird.

Zudem soll zur Erleichterung für Senioren die Steuerabführung künftig direkt durch die Rentenversicherungsträger erfol-

gen und bundesweit die Möglichkeit einer vereinfachten Einkommensteuererklärung unter Berücksichtigung steuerlich absetzbarer Kosten geschaffen werden.

Wie viel von der Rente besteuert wird, wird individuell bis zum Lebensende in Form eines feststehenden Freibetrags in Euro und Cent festgeschrieben. Dieser Freibetrag erhöht sich durch die jährlichen Rentenanpassungen nicht mit. Dadurch fallen Rentenerhöhungen 1:1 in die Steuerpflicht, wenn der steuerliche Grundfreibetrag überschritten ist, und werden dadurch geschmälert. Der individuell festgelegte steuerfreie Rentenfreibetrag muss deshalb entsprechend der jährlichen Rentenanpassung dynamisiert werden.

Fazit

Aus seniorenpolitischer Sicht bestehen viele weitere Forderungen. Gerade im Beamtenbereich und den unterschiedlichen Regelungen, die durch den Föderalismus bestehen, können diese zwangsläufig nur auf Länderebene eingefordert werden.

Es kann nicht sein, dass die Versorgungsempfänger in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich behandelt werden. Dies wird in den nächsten Jahren einer der zentralen Aufgaben bundesweiter GdP-Seniorenpolitik sein. ■

ANZEIGE



Ein Angebot der el Leasing & Service AG Hannover

Du träumst schon lange von einem richtig starken Bike?

Mach es jetzt zu deinem.
Das Fahrrad von dem du immer geträumt hast.

Unser Privatleasingangebot für GdP-Mitglieder bietet dir:



Exklusiv günstige Leasingraten
z.B. nur **65€*** monatlich bei einem Anschaffungswert von **1899€**



Rundumschutz, eine Wartung & Mobilitätsgarantie inklusive



Flexibilität & Sorglosigkeit

Wie funktioniert's?

Einfach in unserm GdP Partner Portal die Leasingrate berechnen & einen Fachhändler in deiner Nähe finden!

*Vertragslaufzeit 36 Monate

Innenleben



Mitglieder des Bundesseniorenvorstandes während der letzten Videoschaltkonferenz.

BUNDESSENIORENKONFERENZ 2022 IM BLICK

Digitales Planungstreffen

In einer Videokonferenz stimmten sich Mitte Mai die Landesseniorenvorsitzenden oder deren Vertreterinnen und Vertreter zu wichtigen organisatorischen und senienpolitischen Themen der nächsten Zeit ab.

H.W. Fischer

Beim Deutschen Seniorentag 2021 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) vom 24. Bis 26. November in Hannover wird sich die GdP-Seniorengruppe laut dem Vorstandsgremium am gemeinsamen Stand der DGB-Einzelgewerkschaften Besuchenden präsentieren. Außerdem werde eine GdP-Veranstaltung zum Thema „Ohne Rechtsstaat keine Demokratie – ohne Polizei kein Rechtsstaat. Die Polizei in der Gesellschaft“ angeboten. Vorgesehen ist ein Referat der rheinland-pfälzischen GdP-Landesvorsitzenden Sabrina Kunz. Weitere Podiumsteilnehmer sollen der stellvertretende GdP-Bundsvorsitzende Jörg Radek und GdP-Seniorenchef Winfried Wahlig sein.

Für die GdP-Bundesseniorenkonferenz 2022 war neben dem Zeitplan und Programmpunkten das Motto „Einmischen-Einbringen-Einfordern: Erfahrung gestaltet Zukunft.“ festgelegt worden. So war man sich zudem einig, Pastor Axel Kullik, dessen Vortrag und Thema bereits beim Delegiertentag 2018 großen Anklang fand, erneut um ein aktuelles Gastreferat zu bitten.

Bedauert wurde, dass der für Mitte Mai 2020 terminierte bundesweite GdP-Seniorentag „Erfahrung gestaltet Zukunft“ mit den Themenschwerpunkten: „Fit im Alter,

Digitalisierung und Zukunft der GdP-Seniorengruppe“ erneut verschoben werden musste. Die Planung für 2021 scheiterte wiederum an der Corona-Pandemie. Und auch im kommenden Jahr wird die Veranstaltung wohl nicht zu organisieren sein, da mehrere größere Veranstaltungen anstehen – darunter die Konferenzen der drei GdP-Personengruppen sowie der Bundeskongress.

Erfreut zeigten sich die Mitglieder des Bundesseniorenvorstandes (BSV) über die Aussage Radeks, dass er die Arbeit des BSV als „exzellent“ bewerte und gerade die Mitarbeit in der Seniorenarbeit des DGB und der BAGSO als treibenden „Motor“ sehe. Ergänzend berichteten die beiden stellvertretenden Bundesseniorenvorsitzenden Bernd Becker und Ewald Gerk über zwei wichtige in umfangreicher Zusammenarbeit der Vertreter der DGB-Einzelgewerkschaften im Arbeitskreis Senioren des DGB erstellten Papiere: „Position DGB Senior*innen: Forderungen zur Bundestagswahl 2021“ und „Kommunale Seniorenpolitik aus dem Blickwinkel der Gewerkschaften – Handlungsfelder – Forderungen – Ziele“. Beide Forderungskataloge können in der Seniorenarbeit vor Ort wichtige Hilfestellung geben und sind über die Landesbezirke und Bezirke im Bestellshop des DGB (Bund) kostenlos zu ordern.

Neben der Neuauflage des Senioren-Image-Flyers ist die Broschüre „Vorbereitung auf den Ruhestand“ neu aufgelegt und in die Landesbezirke/Bezirke ausgeliefert worden: ein in allen Landesbezirken und Bezirken mit vielen Seminaren auf großen Zuspruch treffendes Thema.

Allen Teilnehmenden gemein ist nun die Hoffnung, sich am Rande des Deutschen Seniorentages im November in Hannover wieder vor Ort treffen zu können. ■

SENIENPOLITIK

Neuer Imageflyer

Gudrun Hoffmann

Erfahrung gestaltet Zukunft: Unter dem bekannten Motto der Seniorengruppe wurde in den letzten Monaten ein neuer Imageflyer erstellt. In knapper Form bringt er die Vorteile einer GdP-Mitgliedschaft, auch nach dem Ruhestand, auf den Punkt: Rechtsschutz in Beihilfe- oder Rentenangelegenheiten, die DP frei Haus geliefert oder gemeinsame Aktivitäten der Seniorengruppe – die GdP hat auch im Ruhestand eine Menge zu bieten.

Die Seniorengruppe ist politisch und bringt sich in der GdP, beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der BAGSO, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, aktiv ein und gestaltet mit. Sie ist die starke Stimme aller GdP-Seniorinnen und -Senioren.

Schließlich erfolgt noch ein Verweis auf das APS-Web (AktivProgramm nicht nur für Senioren), die Zugangsmöglichkeiten sind einfach erklärt. Der Flyer für alle Seniorinnen und Senioren und solche, die es werden wollen. Vorrätig in Deiner Landesgeschäftsstelle. ■



Im Gespräch

„Die Polizei ist es, die für unsere Sicherheit, für unsere freiheitliche Gesellschaft und unseren Rechtsstaat einsteht.“



Screentisch: IM Baden-Württemberg

IMK-VORSITZENDER UND GdP-BUNDESVORSITZENDER IM AUSTAUSCH

Aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik erörtert

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl hat sich Anfang Juni mit dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der

Polizei (GdP), Oliver Malchow, zu einem digitalen Gedankenaustausch getroffen. Themen des Gesprächs zwischen dem amtierenden

Vorsitzenden der Innenministerkonferenz (IMK) und dem Gewerkschaftschef waren dabei aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik, die die Polizei in den Ländern und im Bund betreffen.

Wenige Tage vor der IMK-Frühjahrskonferenz hob Minister Strobl dabei die exzellente Arbeit der Polizei im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hervor: „Die Polizei trägt in dieser Pandemie wesentlich dazu bei, dass ein geordnetes öffentliches Leben aufrechterhalten bleibt, zum Beispiel durch die Überwachung der Corona-Regeln.“ Ein besonderes Anliegen des IMK-Vorsitzenden sei es, sich entschieden gegen Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte zu stellen. „Sie sind es, die für unsere Sicherheit, für unsere freiheitliche Gesellschaft und unseren Rechtsstaat eintreten. Sie halten für uns alle den Kopf hin – deshalb ist es unsere Pflicht und Aufgabe, ihnen den Rücken freizuhalten“, betonte Strobl.

„Es ist aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei sehr erfreulich, dass wir in vielen Themenbereichen mit Herrn Innenminister Strobl eine große Übereinstimmung haben. Insbesondere, was den Wert polizeilicher Arbeit für den demokratischen Rechtsstaat anbelangt“, erklärte Malchow nach dem Gespräch. ■

PM/red

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins

SUPERCHANCE effektiver Jahreszins

Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: 06221 178180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Zukunft Mobilität

Mobilität im Wandel

Mehr Infos auf www.zukunft-mobilitaet.info

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

Hingeschaut

DP-Gesprächspartner David Kreuziger ist seit 20 Jahren bei den Johannitern. Zehn Jahre verbrachte er aktiv im Rettungsdienst und im Rettungshubschrauber. Seit 2014 ist er im Vorstand des Landesverbandes Berlin-Brandenburg als hauptamtliches Mitglied. Bis heute ist er weiterhin ehrenamtlich im Rettungs- und Sanitätsdienst tätig.



Foto: Hoffphotographien

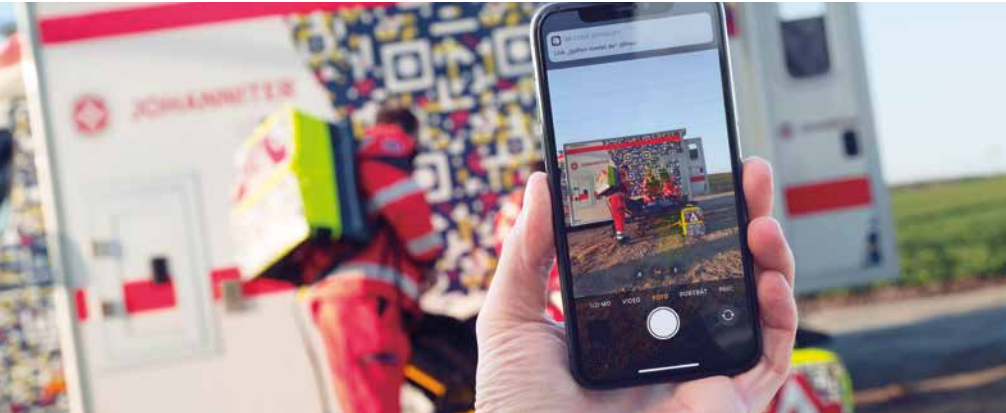


Foto: André Wegmann/Schorz & Friends

Johanniter-Aktion: Der QR-Code löst auf dem Handy der Fotografierenden den automatischen Warnhinweis „Gaffen tötet!“ aus. So soll Gaffern ihre Tat unmittelbar bewusst gemacht werden.

AKTION DER JOHANNITER-UNFALL-HILFE

Gaffen tötet

Mit einem digitalen QR-Code-Design auf Rettungsfahrzeugen und Ausrüstung halten die Johanniter Gaffern den Spiegel vor. Der QR-Code löst auf dem Handy der Schaulustigen beim Filmen und Fotografieren einen Warnhinweis aus: „Gaffen tötet!“ David Kreuziger von den Johannitern erzählt, was hinter der genialen Idee steckt.

Danica Bensmail

DP: Gab es ein auslösendes Moment, dieses Design zu entwickeln?

David Kreuziger: Die gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema hat uns darin bestärkt, noch aktiver zu werden. Dass es der QR-Code wurde, ist reiner Zufall. Beim Fotografieren einer Person mit QR-Code im Hintergrund hat unsere Marketingagentur festgestellt, dass ein Pop-Up aufgegangen ist. Für uns war klar: Das machen wir uns zu nutze. Der Pilotversuch läuft jetzt in Berlin mit neun Rettungswagen an. Danach soll die Initiative bundesweit auf verschiedene Standorte ausgeweitet werden.

DP: Wie stark hat sich das Phänomen Gaffen in den vergangenen zehn Jahren intensiviert?

Kreuziger: Dazu liegen keine offiziellen Zahlen vor. Das ist unser großes Problem. Um das

künftig zu ändern, planen wir eine wissenschaftliche Untersuchung mit unserer Hochschule. Die rein subjektive Wahrnehmung ist, dass es zunehmend Menschen gibt, die mit ihrem Smartphone Unfallsituationen aufnehmen und mit der Öffentlichkeit teilen.

DP: Dabei hat der Gesetzgeber das Gaffen 2020 unter Strafe gestellt.

Kreuziger: Das finden wir total gut. Uns fehlt schlichtweg die Energie, uns mit Gaffen auseinanderzusetzen. Im Mittelpunkt steht der Einsatz. Dabei werden wir nicht selten von diesen Menschen behindert, die dann auch noch unsere Arbeit beim Filmen bewerten. Das beeinträchtigt uns als Helferinnen und Helfer immens.

DP: Gibt es ein konkretes Erlebnis, das Ihren Alltag mit Gaffen illustriert?

Kreuziger: Eine Erfahrung, die alle Rettungskräfte leider machen müssen, ist die fehlende Rettungsgasse auf der Autobahn. Kurz vor dem Ereignisort verlassen die Leute ihre Autos und filmen, anstatt erste Hilfe zu leisten. Gleichzeitig sind sie dann nicht in der Lage unserem Einsatzwagen Platz zu machen. Wir stellen fest, dass Zuschauende immer stärker in die Privatsphäre der Betroffenen eingreifen. Wenn man das Gefühl hat, Betroffene vor fremden Blicken schützen zu müssen, frisst das jede Menge Energie und Aufmerksamkeit für die eigentliche Aufgabe.

DP: Klingt so, als fehle es Gaffern an Empathie.

Kreuziger: (überlegt) Es passiert nicht selten, dass Einsatzkräfte nicht nur gefilmt, sondern das Geschehen auch kommentiert wird. Da fallen Sätze wie: „Lass den doch. Selber schuld, wenn er so schnell fährt.“ Beim Reanimationseinsatz an einem Supermarkt hat ein Zuschauer beim Herantreten versehentlich unser Equipment unter eine Bierpalette geschossen. Bevor wir den Patienten beatmen konnten, mussten wir das Gerät erst mühsam hervorkramen.

DP: Was geht Ihnen in so einem Moment durch den Kopf?

Kreuziger: Der Druck ist enorm hoch, schließlich geht es um Leben und Tod. In dieser Situation wird man sehr dünnhäutig. Wir stehen unter großem Stress.

DP: Was geht in Gaffen vor?

Kreuziger: Ich stelle mir diese Frage mittlerweile oft. Eine gute Antwort darauf habe ich trotzdem nicht. Wahrscheinlich hat jeder Mensch eine Tendenz zur Neugier. Was wir alle spüren, ist, dass eine Distanzlosigkeit eingetreten ist. Die Achtung vor der Privatsphäre scheint verlorenzugehen.

DP: Wie reagieren Gaffer, wenn Sie auf ihr Verhalten angesprochen werden?

Kreuziger: Überwiegend fühlen die sich schon angefasst. Wir setzen stark auf den erhobenen Zeigefinger. Aber manche sind total resistent gegenüber so einer Ansprache. Darum reagieren wir mitunter auch mal menschlich und sagen ganz klar: Hau ab!

DP: Viel Erfolg und vielen Dank für das Gespräch.

IT'S ALL PART OF THE JOB

ENGLISCH FÜR DIE POLIZEI - Lehr- und Arbeitsbuch

Von **Nick Henricks**



12. Auflage 2021

Umfang: 236 Seiten

Format: 27,5 x 21,5 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D] / ISBN: 978-3-8011-0810-6

Das Lehr- und Arbeitsbuch wendet sich an Lernende in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland.

Für die vorliegende 12. Neuauflage wurde die methodisch-didaktische Konzeption, der Inhalt und die Gestaltung durch die Autoren und den Verlag dieses Lehr- und Arbeitsbuchs komplett überarbeitet, erneuert und um Audiodateien angereichert. Ziel der Autoren war es, möglichst praxisnahe polizeiliche Inhalte auszuwählen und aufzubereiten.

Die thematische Bandbreite in den 12 Kapiteln erstreckt sich dabei von „THE BASICS OF BEING A POLICE OFFICER“ bis hin zu „TERRORISM, EXTREMISM AND POLITICALLY MOTIVATED CRIME“.

Die einzelnen Kapitel gliedern sich in Haupt- und Unterthemen ergänzt um die wichtigsten, im Kapitel verwendeten grammatikalischen Regeln. Weiterhin finden sich darin für die Lernenden zahlreiche (Hörverstehens-) Übungen sowie eine themenbezogene Vokabelliste.

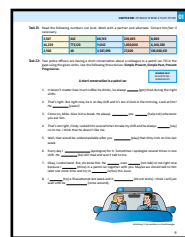
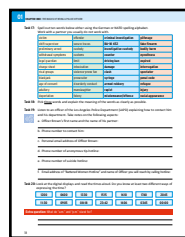
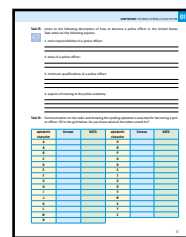
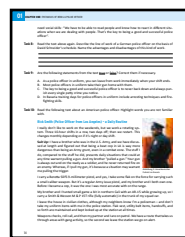
Zugrunde gelegt wurde dafür in der Regel jeweils die amerikanische Sprachvariante.

Damit vermittelt das Lehr- und Arbeitsbuch „IT'S ALL PART OF THE JOB“ auch in dieser von Grund auf neu gestalteten Ausgabe die erforderlichen sprachlichen Kompetenzen für den Umgang und die Kommunikation mit Englisch sprechenden Personen im polizeilichen Alltag.



DER AUTOR

Nick Henricks, Poizeikommissar, studierte Anglistik und war als Studienreferendar an bayerischen Gymnasien sowie an weiterführenden Schulen im englischsprachigen Ausland tätig. Nach seiner Ausbildung zum Kriminalkommissar beim BKA ist er seit 2020 als Dozent am AFZ der Bundespolizei in Bamberg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Erscheinungstermin: 01.07.2021 – jetzt schon vorbestellen

Im Gespräch

DIGITALFUNK

Flächendeckend, rund um die Uhr

Ein funktionierender Digitalfunk ist für die Polizei unerlässlich. Als Präsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) trägt Andreas Gegenfurtner dafür Sorge, dass Beamtinnen und Beamte im Dienst jederzeit und überall erreichbar sind. DP hat mit ihm über Herausforderungen und die Zukunft des Digitalfunks gesprochen.

Torsten Rohde

DP: Sehr geehrter Herr Gegenfurtner, wie digital ist Ihr persönliches Umfeld?

Andreas Gegenfurtner: Mein eigenes Umfeld ist durchweg digital. Nicht nur im Privaten, sondern auch im Dienst. Die digitale Kommunikation macht es mir erst möglich, meine Behörde auch in Zeiten der Pandemie aus dem Homeoffice heraus effektiv zu führen. Mit meinem dienstlichen Smartphone bleibe ich mit meinem Team in Kontakt und dank der BDBOS-Meeting-Plattform sind Videokonferenzen aus dem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken.

DP: Und die Behörde?

Gegenfurtner: Mittlerweile sind auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns mit einem dienstlichen Laptop ausgestattet. Den gibt es schon am ersten Tag. Genauso wie ein Headset und ein einfaches Diensthandy. Führungskräfte bekommen ein Krypto-Smartphone. Den Anspruch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dienstlichen Laptops mobil auszustatten, hatten wir übrigens schon vor der Corona-Pandemie. Wir konnten daher fast ohne zeitliche Verzögerung auf die Veränderungen reagieren.

DP: Was steht in diesem Jahr im Fokus der BDBOS?

Gegenfurtner: Für 2021 steht die Netzmodernisierung ganz oben auf unserer Agenda. Damit stellen wir den Digitalfunk BOS von leitungsvermittelter auf paketvermittelte IP-Technologie um und machen ihn so technisch fit für die Zukunft. Das ist die Voraussetzung für künftige einsatzkritische Breitbandkommunikation, übrigens ein weiteres Thema, das wir dieses Jahr vorantreiben werden, nachdem die dringend benötigten 450-MHz-Frequenzen der Energiewirtschaft zugeschlagen wurden. Bei den Netzen des Bundes, unserer zweiten großen Aufgabe, gehen die Transition des Betriebes von der Telekom zur BDBOS und die Konsolidierung der Regierungsnetze weiter. Auch hier ist es an der Zeit, die in die Jahre gekommene Architektur auf die Zukunft auszurichten – weg von der alten Denke, dass man seine Leistung durch immer leistungsstärkere Anschlüsse neu beantragen muss, hin zu atmenden Systemen.

DP: Wenn Sie Schulnoten vergeben müssten: Wie steht es um den Digitalfunk hierzulande?

Gegenfurtner: Da gibt es von mir eine glatte Eins. Der Digitalfunk BOS ist flächendeckend verfügbar und das rund um die Uhr. Kein kommerzieller Mobilfunkanbieter kann da mithalten. Und vor allem hat sich der Digitalfunk in der Praxis bewährt, im normalen Einsatzalltag, aber ganz besonders bei zahlreichen Großeinsatzlagen. Trotzdem gibt es immer etwas zu verbessern. Deshalb lassen wir nicht nach.

DP: Vereinzelt stehen Sie in der Kritik, weil digitaler Funk innerhalb von Gebäuden vermeintlich lange nicht so gut funktioniert wie im Freien. Was entgegnen Sie diesen Stimmen?

Gegenfurtner: Viele Bauwerke werden auch im Inneren durch die sogenannte Freifeldversorgung mitabgedeckt. Je nach Konstruktion und Baumaterial kommt es jedoch vor, dass Funkwellen von außen nur schwach oder gar nicht nach Innen gelangen. Da unterscheidet sich der Digitalfunk BOS nicht von kommerziellen Mobilfunknetzen, bei denen man im Keller oder in der Tiefgarage auch nur dann Funkempfang hat, wenn man spezielle Installationen in den Gebäuden vornimmt.

DP: Okay, aber warum ...

Gegenfurtner: Ich erahne Ihre Frage. Dafür ist der jeweilige Bauherr beziehungsweise Betreiber verantwortlich. Bundesweit sind bereits mehrere tausend Objektversorgungsanlagen realisiert – und es werden stetig mehr. Im besonderen Fokus stehen öffentliche Gebäude und Anlagen wie Stadien, Veranstaltungs- und Einkaufszentren, Messegelände, Flughäfen, Bahnhöfe und Tunnelanlagen.

DP: Erinnern Sie sich noch an die Anfänge des Digitalfunk BOS? Die Hürden damals und heute dürften sich doch ziemlich unterscheiden.

Gegenfurtner: Allerdings! Den Aufbau des Digitalfunks BOS habe ich von Beginn an begleitet, zunächst als Gesamtprojektverantwortlicher des Landes Baden-Württemberg und dann als Vizepräsident der BDBOS. Seinerzeit handelte es sich um das größte technische Modernisierungsprojekt in Deutschland. Eine technische und organisatorische Mammutaufgabe! Wir mussten das Digitalfunknetz von Grund auf neu entwickeln und aufbauen. Mittlerweile ist die

„
Hier hat die Pandemie wie ein Katalysator gewirkt und der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung einen regelrechten Schub verpasst.“

große Herausforderung, dafür zu sorgen, dass das Netz rund um die Uhr reibungslos funktioniert – und zwar nicht nur heute, sondern auch in Zukunft. Dafür müssen wir es im laufenden Betrieb modernisieren, ohne dass die einsatzkritische Kommunikation beeinträchtigt wird.

DP: Die sogenannte Netzmodernisierung steht in Ihrer Behörde weit oben auf der Agenda. Was bedeutet das?

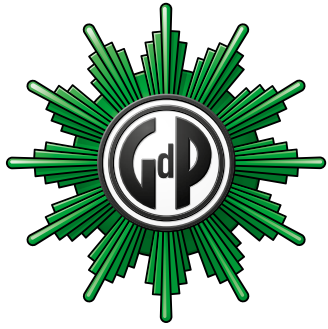
Gegenfurtner: Die Übertragungstechnologien für den Transport von Sprache und Daten haben sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt. Diesem Fortschritt muss auch das Digitalfunknetz Rechnung tragen, wenn es zukunftssicher bleiben will. Deshalb hat die BDBOS bereits 2019 gemeinsam mit Bund und Ländern mit der Planung einer grundlegenden Netzmodernisierung begonnen. Dabei werden das Kernnetz und die Zugangsnetze der Länder auf den heute üblichen IP-Standard umgestellt, was neben den erforderlichen Frequenzen die Grundvoraussetzung ist, um künftig überhaupt Breitbanddienste im Netz nutzen zu können. Und all die Maßnahmen realisieren wir, das betone ich gern, im laufenden Betrieb. Das ist eine besondere Verantwortung, die wir in der BDBOS, aber auch in den Ländern spüren.

DP: Die Internetversorgung hierzulande ist vor allem in der Pandemiezeit ein oft diskutiertes Thema. Warum braucht die Polizei schnelles Internet?

Gegenfurtner: Kommunikation ist das wichtigste Führungsmittel der Einsatzkräfte – da werden Sie mir sicherlich zustimmen. Dabei spielt die Sprachkommunikation zwar eine herausgehobene Rolle, aber auch die Datenübertragung ist in unserem Alltag Grundvoraussetzung für ein schnelles und zielgerichtetes Einschreiten und Helfen. Unterwegs hochauflösende Fotos von Unfallstellen, Bränden oder einem Einbruch aufnehmen und mit anderen Einsatzkräften zur Koordination teilen, spontan Informationen in Datenbanken recherchieren, die Vitaldaten eines Verunglückten direkt aus dem Rettungshubschrauber zum Krankenhaus übermitteln oder sich per Messenger-Dienst zur Einsatzabstimmung austauschen – das sind ganz praktische Anwendungsszenarien im Dienstalltag von Einsatz- und Rettungskräften. Hier geht es nicht um technische Spielereien oder bloßen Komfortgewinn, sondern um einen ganz klaren praktischen Mehrwert. Dafür muss die Kommunikation aber auch verlässlich, sicher und hochverfügbar sein.

DP: Wie kann denn Breitbandkommunikation in einsatzkritischen Situationen gewährleistet werden?

Gegenfurtner: Möglichkeit eins ist der Aufbau eines BOS-eigenen Breitbandnetzes. Das wäre, was die Einsatzkräfte brauchen, um ihre Aufgabe bestmöglich für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können. Möglichkeit zwei ist die Mitnutzung kommerzieller Mobilfunknetze. Das ist die am schnellsten zu realisierende Variante, wobei noch unklar ist, wie die hohen Anforderungen der BOS an die einsatzkritische Kommunikation garantiert werden können. Möglichkeit drei ist eine hybride Netzstruktur, die die anderen beiden Varianten in sich vereint und einen Kompromiss bildet. Der Knackpunkt: Wenn man sich für eine Lösung mit BOS-eigenem Breitbandnetz entscheidet, ist ein geeignetes Frequenzspektrum für die Umsetzung unverzichtbar. Vielleicht müssen wir auch mit einem Übergangsweg Kompromiss zum Kompromiss leben und uns hybrid nur auf ein eigenes Breitband-Kernnetz beziehen, das dann mit einem oder mehreren kommerziellen Mobilfunknetzen verbunden wird.



GdP-Plus Partner



Dein schnellster Weg zu attraktiven Angeboten

Das GdP-Plus Partner-Programm der GdP

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.



Nutze den
Easy-Login!
www.gdp.de
> GdP-Plus

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail
oder ruf an. Reinhard Kaufmann
hilft Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de

Telefon 0211 7104 250

**Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!*

„Mein eigenes Umfeld ist durchweg digital.“



DP-Gesprächspartner Andreas Gegenfurtner leitet seit Mitte 2016 die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS).

Foto: BDBOS

DP: Die Bundesnetzagentur will die freiwerdenden 450-MHz-Frequenzen an die Energieversorgungsunternehmen vergeben. Warum sind diese Frequenzen so wertvoll?

Gegenfurtner: Frequenzen sind die Grundlage der Mobilfunkwelt, wenn man so will. Ohne zugewiesenes Frequenzspektrum gibt es keinen Funk und damit keine Informationsübertragung. Je nach Frequenz haben die Funkwellen dabei bestimmte physikalische Eigenschaften. Hier liegt der große Vorteil der 450-MHz-Frequenzen, denn die Funkwellen zeichnen sich in diesem Spektrum durch eine hohe Reichweite und gute Gebäudedurchdringung aus. Dadurch hätten alle Standorte des heutigen Digitalfunknetzes auch für Breitband genutzt werden können, und so wäre für wenig Geld eine hohe Breitbandabdeckung möglich gewesen. Hinzu kommt: Das 450-MHz-Spektrum ist standardisiert für den weitverbreiteten Breitbandmobilfunkstandard LTE.

DP: Wäre es aus Ihrer Sicht richtig gewesen, den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben Zugang zu diesen Frequenzen zu ermöglichen?

Gegenfurtner: Ganz eindeutig: Ja. Aber getroffenen Entscheidungen nachzutruern, macht keinen Sinn. Für uns heißt es, nach vorne zu schauen und uns damit zu befassen, wie wir dennoch den Einsatzkräften die dringend benötigten leistungsstarken Breitbanddienste anbieten können.

DP: Wie geht es weiter?

Gegenfurtner: Das prüfen wir gerade. Die nächsten breitbandtauglichen Frequenzen im Bereich von 470 bis 694 MHz werden erst ab 2030 frei. So lange können wir nicht warten. Eine Möglichkeit könnte sein, übergangsweise kommerzielle Mobilfunknetze mit zu nutzen. Zwar werden wir deutliche Abstriche bei der Verfügbarkeit, der Flächenabdeckung und der Sicherheit machen müssen, wir werden aber versuchen, zumindest die Grundanforderungen einer Priorisierung und eines nationalen Roamings für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste zu erreichen. Denn als Bürgerinnen und Bürger wollen wir auf keinen Fall, dass unsere Einsatzkräfte auch bei der Hilfeleistung nur der zweite Sieger sind.

DP: Stichwort Föderalismus: Bei Smartphones und Tablets zeigen sich zwischen

den Polizeien der Länder und des Bundes teils große Unterschiede. Ist eine Harmonisierung realistisch oder auch gewünscht?

Gegenfurtner: Da sprechen Sie ein wichtiges Thema an. Beim digitalen Sprechfunk hat sich ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern bewährt. Hand in Hand zu gehen, ist unabdingbar, wenn wir sicherstellen wollen, dass Datenkommunikation für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste verlässlich im Einsatz und auch organisationsübergreifend funktioniert. Das gilt umso mehr, wenn wir die Mobilfunknetze kommerzieller Netzbetreiber mitnutzen wollen. Denn hier den Anforderungen der BOS Gehör zu verschaffen und zu einem fairen Preis die Leistungen vertraglich zu vereinbaren, die die Kräfte im Einsatz so dringend brauchen – das kann uns nur gelingen, wenn Bund und Länder mit einer Stimme sprechen.

DP: In der öffentlichen Verwaltung schreitet die Digitalisierung voran. Müsste das Tempo nicht etwas anziehen?

Gegenfurtner: Ja. Aber lassen Sie mich ausführen: Bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung befinden wir uns in Deutschland aktuell in einer entscheidenden Phase. Wir müssen bei den Umsetzungen viel, viel schneller werden, um das über Jahre verlorene Terrain wieder aufzuholen und für die Zukunft vorbereitet zu sein. Die Technologizeyklen haben sich von früher zehn, dann sieben über fünf auf zwei Jahre verkürzt. Wir haben heute keine Zeit mehr für jahrelange Planungen. Wir brauchen rasch umsetzbare Lösungen und müssen es tun. Dieser Prozess ist nicht trivial, denn er erfordert Mut zum Risiko und nicht jede Umsetzung wird klappen – aber nur so werden wir in der Zukunft spürbare Fortschritte machen und erfolgreich sein. Hier hat die Pandemie wie ein Katalysator gewirkt und der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung einen regelrechten Schub verpasst. Jetzt dürfen wir aber nicht nachlassen, sondern müssen weitergehen und die Digitalisierung weiter vorantreiben.

DP: Hier und da stolpert man über den Begriff „Netze des Bundes“. Was ist damit gemeint?

Gegenfurtner: Die Netze des Bundes bilden eine einheitliche, hochsichere und hochver-

fügbare Netzinfrastruktur, über die die digitale Kommunikation von Regierung und öffentlicher Verwaltung abläuft. Betreiberin der Netze des Bundes war bis 2019 die Telekom. Seither übernimmt die BDBOS die Netze des Bundes schrittweise in den Eigenbetrieb. Künftig wollen wir mit den Netzen des Bundes und auf der Grundlage unseres Kerntransportnetzes eine Verbindungsplattform für alle Weitverkehrsnetze der Verwaltung schaffen. Und wenn wir noch etwas weiter nach vorn blicken, dann sehen wir die Weiterentwicklung hin zum Informationsverbund der öffentlichen Verwaltung. Wenn es soweit ist, gelingt dadurch die Ebenen übergreifende, sichere Kommunikation zwischen Bundes-, Länder- und kommunalen IT-Netzen. Damit ermöglichen wir die vollständige Vernetzung der öffentlichen Verwaltung.

DP: Mit welcher Internetgeschwindigkeit surfen Sie privat?

Gegenfurtner: Ich habe einen Kabelanschluss und mich für das in meiner Region angebotene Cable Max 1.000 entschieden, da ich kein Freund von Ressourcendiskussionen bin. Ich halte es heute nicht mehr für zeitgemäß, dass wir überhaupt noch über genügend Bandbreite nachdenken müssen und hoffe, dass die Provider ein Einsehen haben und derartige Angebote bald auch flächendeckend und nicht nur in den Großstädten machen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

Innenleben

Mehr Informationen

zu Tarifverträgen und weiteren Tarifthemen finden Interessierte auf www.gdp.de unter dem Reiter „Tarif- & Sozialpolitik“.

TARIFRUNDE DER LÄNDER

So transparent wie möglich

Im Herbst startet die Tarifrunde der Länder – ein echter Kraftakt. Hinter verschlossenen Türen wird hart verhandelt. Wie das abläuft, wissen nur wenige. Eine Transparenz-Kampagne der Gewerkschaft der Polizei (GdP) soll das ändern. Mit Hilfe von Tarifbotschaftern will sie Licht ins Dunkel bringen. DP war beim Dreh des Kampagnen-Videos dabei.



Dieser Weg wird kein leichter sein. Tarifkollegin Imme Hildebrandt und GdP-Tarif-Chef René Klemmer.

Foto: Häber

„Wir wollen die Tarifverhandlungen für unsere Mitglieder so transparent wie möglich gestalten“, betont GdP-Tarifexperte und stellvertretender Bundesvorsitzender René Klemmer. Tarifbotschafterinnen und Tarifbotschafter sollen dabei helfen. Als Bindeglied zwischen der verhandelnden Bundestarifkommission (BTK) und den Mitgliedern versorgen sie die Basis mit Informationen aus den Tarifrunden.

„Es lohnt sich, die Leute gleich von Anfang an in die Verhandlungsprozesse mit einzubinden“, betont Klemmer. „2019 bin ich herumgereist, habe Mitgliedern erklärt, unter welchen Umständen wir verhandelt haben und unter welchen Bedingungen das Tarifergebnis zustande gekommen ist. Das kam total gut an.“



Auf die richtige Perspektive kommt es an.



Wir suchen weiter
 nach Tariftbotschafterinnen und
 Tariftbotschaftern. Um mitzumachen,
 schreibe uns eine E-Mail an:
gdp-tarifrunde2021@gdp.de



Foto: BillionPhotos.com/stock.adobe.com



Drei, zwei, eins
 und bitte:
 Imme Hildebrandt,
 Mitglied der Bundes-
 tarifkommission.

Fotos (3): Bensmail

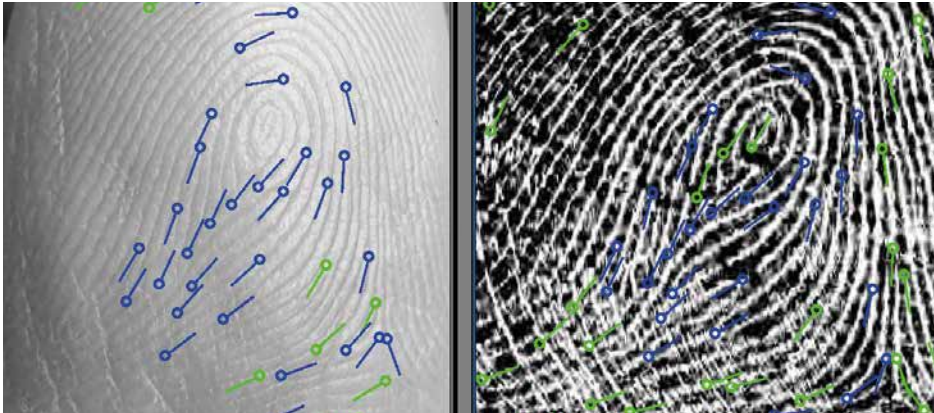
„Am meisten freue ich mich bei dieser Kam-
 pagne auf den direkten Austausch mit unse-
 ren Mitgliedern. Wir wollen von ihnen hö-
 ren, was sie beim Thema Tarif aktuell be-
 wegt und wo es noch ungeklärte Fragen gibt.
 Nicht nur unsere Mitglieder kriegen Infor-
 mationen von uns zum Thema Tarif. Auch
 wir profitieren vom Austausch mit ihnen.
 Und da habe ich richtig Bock drauf!“



Text vergessen:
 Tarif-Experte René
 Klemmer nimmt's
 mit Humor.

Innenleben

DP-Autorin Imme Hildebrandt ist Tarifbeschäftigte in der Kriminaltechnik im niedersächsischen Landeskriminalamt. Sie arbeitet im Bereich DNA/Molekulargenetik.



Eine Desktopansicht des Automatisierten Fingerabdruck-Identifizierungs-Systems (AFIS+)

TARIF

Sachverständige in der Daktyloskopie

Polizeiarbeit geht weit über den Streifenwagen hinaus. Wir werfen einen Blick in die kriminaltechnische Arbeit von Daktyloskopen. DP-Autorin Imme Hildebrandt hat ihnen auf die Finger geschaut.



Imme Hildebrandt

Das Fachgebiet Daktyloskopie (von „daktylos = Finger und „skopie“ = schauen) befasst sich mit der Papillarleistenhaut und deren Abbildern. Papillarleistenhaut befindet sich beim Menschen an den Fingern, Handinnenflächen und auch an den Fußsohlen. Die deutsche Polizei hat die erste Fingerabdrucksammlung bereits im Jahr 1903 angelegt. Die Daktyloskopie spielt als kriminaltechnische Disziplin bis heute eine wichtige Rolle bei der Personenidentifizierung, der Identifizierung von Tatortspuren und als Beweis im Strafverfahren.

Die Papillarleisten und die von ihnen gebildeten Muster und Formen sind bei jedem Menschen unterschiedlich und bleiben von der Geburt eines Menschen bis über den Tod hinaus unveränderlich und einzigartig. Be-

kannt ist das Phänomen, dass genetisch identische „eineieiige“ Zwillinge anhand ihrer Fingerabdrücke unterschieden werden können. Für eine Identifizierung werden der musterförmige Verlauf der Papillarleisten (man unterscheidet bei Fingerabdrücken zwischen Wirbel-, Schleifen- und Bogenmuster) und die anatomischen Merkmale (auch Minutien genannt) herangezogen. In Spur und Vergleichsmaterial müssen die vorhandenen Informationen übereinstimmen.

Arbeitsfeld Daktyloskopie

Die Dezernate/Fachbereiche für Fingerspuren sind zum Teil dezentral in den Polizeibehörden des Landes zu finden, in Nieder-

sachsen und in vielen anderen Bundesländern zentral bei den Landeskriminalämtern (LKA) sowie im Bundeskriminalamt (BKA). Dort finden regelmäßig Qualifizierungslehrgänge für die Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet statt.

Daktyloskopische Sachbearbeiter und Sachverständige sind zuständig für die Sicherung entsprechender Spuren und deren bewertende und vergleichende Untersuchung. Auch die Qualitätskontrolle der bei erkennungsdienstlichen Behandlungen genommenen Vergleichsabdrücke gehört wie die Pflege von Spuren- und Vergleichsabdrucksammlungen zu ihren Aufgaben. Im Labor wenden die Mitarbeiter verschiedene Verfahren zur Sichtbarmachung von daktyloskopischen Spuren auf Asservaten an. Das neben dem Adhäsionsmittelverfahren (Rußpulver) wohl bekannteste Verfahren ist das Bedampfen der Spurenlagerer mit Sekundenkleber (Cyanacrylat). Der verdampfte Klebstoff lagert sich an den Spuren an und macht sie dadurch sichtbar, so dass eine fotografische Sicherung möglich wird. Bei sogenannten Mehrfachspurenlagerern kommt es häufig zu einer interdisziplinären Zusammenarbeit der Daktyloskopen beispielsweise mit den Bereichen DNA-Analytik und Betäubungsmittel-Chemie.

Wie werde ich Sachbearbeiter in der Daktyloskopie?

In Niedersachsen gilt momentan der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten/ Fachkraft für Bürokommunikation oder der Abschluss des Verwaltungslehrgangs I als Voraussetzung. Die Eingruppierung erfolgt zunächst in die Entgeltgruppe (EG) 6 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und nach dem Durchlauf der Qualifizierung von circa eineinhalb Jahren in die EG 9a TV-L.

Der Bachelor-Abschluss des Studiengangs „Forensic Science“ oder vergleichbare Studiengänge hingegen befähigen zur Bewerbung auf eine Ausbildungsstelle zum Sachverständigen im Bereich Daktyloskopie. Nach dem erfolgreichen Abschluss interner und externer Qualifizierungen (zum Beispiel auch beim BKA in Wiesbaden) erfolgt die Eingruppierung der fertig ausgebildeten Sachverständigen in die Entgeltgruppe 11 TV-L. ■

Hilfreich

Der Autor hat am 10. Februar 2021 einen gleichlautenden Online-Vortrag an der Deutschen Hochschule der Polizei mit über 100 Zuhörenden zahlreicher Nationen gehalten. Dieser Artikel stellt eine verkürzte und vom Englischen ins Deutsche übersetzte Version dar.

PSYCHOSOZIALE GESUNDHEIT

Auslandseinsatz in der Pandemie

Internationale Polizeimissionen in Corona-Zeiten sind eine besondere Herausforderung. Seit über 30 Jahren beteiligen sich deutsche Kolleginnen und Kollegen an den Einsätzen. DP-Autor Rolf Köthke über psychosoziale Gesundheit und den Stressfaktor Corona.

Dipl.-Psych. Rolf Köthke



Foto: Polizei Berlin

Seit 1989 beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an Internationalen Polizeimissionen. Beamtinnen und Beamte sind weltweit unterwegs, unter anderem im Auftrag der Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Was zunächst mit einer Mission im afrikanischen Namibia begann, setzte sich fort in Bosnien-Herzegowina, Albanien, dem Kosovo, Afghanistan, dem Sudan, Georgien und zuletzt in Mali und Niger. Dabei wurden etwa 8.000 Beamtinnen und -beamte aus den Polizeien der Länder, der Bundespolizei und der europäischen Grenzschutzagentur „Frontex“ eingesetzt. Das Kontingent der entsandten Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern richtet sich nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel. Der ist abhängig von der Zahl der in den jeweiligen Bundesländern tätigen Vollzugsbeamtinnen und -beamten.



Foto: privat

Ausgabe von Masken und Hygieneartikeln durch das GPPT an den damaligen Leiter der Kabul City Police auf dem Gelände des GPPT.

Nur noch ein paar Tage:
Ein Bonbonglas gegen
die kindliche Sehnsucht
nach Bezugspersonen.



Foto: Andrea/stock.adobe.com

Diplom-Psychologe Rolf Köthke ist seit 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Psychologischen Dienst der Polizei Berlin tätig. Er ist Lehrbeauftragter an der HWR Berlin für das Fach Psychologie und seit 1995 mit der psychologischen Begutachtung von Teilnehmenden vor und nach Internationalen Polizeimissionen befasst.

Polizei und Pandemie

Im März 2020 erfasste die Pandemie Deutschland. Die Ausbreitung des Virus beeinflusste das Einsatzgeschehen der Polizeikräfte maßgeblich. Nicht anders erging es den deutschen Kolleginnen und Kollegen im Ausland. Auch Länder wie Afghanistan, der Kosovo, Mali, Niger und der Sudan wurden wenige Monate später zu offiziellen Risikogebieten erklärt. Das wiederum machte Quarantäne-Maßnahmen für viele Missionsteilnehmende und Aspiranten unumgänglich. In Berlin nahm der Polizeiärztliche Dienst seine Covid-19-Untersuchungsstelle am 23. März 2020 in Betrieb. Testuntersuchungen werden seitdem nach Ausfüllen eines Online-Fragebogens mit Beantwortung einiger Fragen zum Symptombild durchgeführt. Vor Ort in den Missionsgebieten bestehen für die entsandten Kräfte verschiedene Testmöglichkeiten. Sie variieren von Schnelltests bis zu eigenen PCR-Testgeräten.

Stress im Einsatz

Polizeikräfte in Auslandsverwendung sind diversen Stress-Faktoren ausgesetzt. Die Bedrohung durch Corona fordert alle entsandten Beamtinnen und Beamten zusätzlich heraus.

Das Klima, ungewohnt niedrige Hygienestandards oder fremde Sitten und Gebräuche sind nur der „ganz normale Wahnsinn“. Ganz zu schweigen vom Heimweh und der Sehnsucht nach Familie und Freunden. Eine Freizeitgestaltung ist oft nur unter Einschränkungen möglich. Der begrenzte Zugang zu Medien macht das nicht einfacher. Neben vergleichsweise harmloser Langleweile stellt die latente Bedrohung durch Terroranschläge, Krankheiten oder Gewalt Erfahrungen eine große Belastung dar.

In der Pandemie ist es umso wichtiger, Missionsteilnehmende umfassend über die aktuelle COVID-19-Situation vor Ort zu informieren. Die Entsendeten existieren nicht im luftleeren Raum. Sie haben Familie und Freunde in der Heimat, die sich um sie sorgen. Um Stress auf beiden Seiten vorzubeugen und Sorgen zu minimieren, ist der regelmäßige Kontakt nach Hause unerlässlich.

Tatsächlich ist die Kommunikation für die Daheimgebliebenen wichtiger als für die

„
In der Pandemie
ist es umso wichtiger,
Missionsteilnehmende
umfassend über die aktuelle
COVID-19-Situation vor
Ort zu informieren.

Entsandten. Regelmäßige Zeiten für Anrufe oder Video-Telefonate helfen dabei, dem Tag eine feste Struktur zu geben. Wichtig: Auch wenn es mal hitzig hergeht, bitte die Gespräche mit Angehörigen nie im Streit beenden!

Insbesondere für Kinder kann die plötzliche Trennung auf Zeit von Mama oder Papa schwierig sein. Ein Tipp: Um dem Nachwuchs eine Orientierung zu geben, wann das Elternteil wieder zurückkehrt, wird ein Glas mit Bonbons gefüllt – entsprechend der Tage der Abwesenheit. Jeden Tag darf das Kind einen Bonbon entnehmen. Dadurch erhält es eine zeitliche Vorstellung und sieht, dass das Ende der Missionszeit näher rückt.

Was tun, wenn's klemmt?

Wird die psychische Belastung für die Entsendeten zu groß, steht ein Krisen-Interventions-Team (KIT) unterstützend zur Seite. Es besteht aus 35 Ärzten, Psychologen, Pastoren und Polizeibeamten. Sie können schnell das jeweilige Missionsgebiet erreichen, um psychologische Hilfe zu leisten. Zudem steht den Missionsteilnehmenden eine 24-Stunden-Hotline zur Arbeitsgruppe „Internationale Polizeimissionen“ (AG IPM) mit Sitz in Potsdam zur Verfügung. Wer schnelle Hilfe braucht, kann sich so telefonisch austauschen. Zum Beispiel mit einem Psychologen. Darüber hinaus gibt es Informationen, welche Maßnahmen im Falle einer Infektion ergriffen werden können.

Tipps

Das Schlüsselwort heißt Sicherheit. Tun Sie als Führungskraft alles, damit Ihre Mitarbeitenden sicher arbeiten können. Geben Sie Informationen über die aktuelle Situation im Missionsgebiet und informieren Sie das Team über Risiken und eingeleitete Maßnahmen. Regelmäßige Meetings sind dazu ein guter Weg. Zudem geben sie Sicherheit und schaffen transparente Wege der Kommunikation, über die Sie Pläne für mögliche Szenarien offen ansprechen können. Das Bewusstsein, in einem Team zu arbeiten, in dem man sich auf andere verlassen kann, ist eine wichtige Ressource. Seien Sie aufmerksam gegenüber Verschwörungstheorien.

Um auf der sicheren Seite zu sein, ist es empfehlenswert, sich vorbeugend in eine zweiwöchige Selbstisolation zu begeben. Darüber hinaus ist auch ein zusätzlicher Schnelltest beim Medizinischen Dienst ratsam. Wer Wohnraum mit Angehörigen teilt, die einer Risikogruppe angehören, hat die Möglichkeit ein Apartment in der Polizei-Akademie zu beziehen oder gegebenenfalls bei den geschlossenen Einheiten.

Für den Fall, dass der Test positiv ausfällt, ist es ratsam, ausreichend Bargeld in der Börse verfügbar zu halten. Zudem sollte man sicherstellen, dass genügend Lebensmittel vorrätig sind und der Medizinschrank aufgestockt ist. Die Zeit der Quarantäne kann sich anfühlen wie in „Gefangenschaft“ und die Zeit zieht sich womöglich wie Kaugummi. Geben Sie einfach dem Tag eine Struktur. Dabei sind feste Rituale, wie den Wecker auf eine bestimmte Zeit zu stellen, eine große Hilfe. Und suchen Sie sich Aufgaben. Das kann alles sein: Schreiben Sie Berichte, führen Sie ein Tagebuch, sortieren Sie alte Fotos oder beginnen Sie, eine neue Sprache zu lernen. Messen Sie Ihre Temperatur, treiben Sie Sport oder sehen Sie Nachrichten.

Auch die Bundeswehr verfügt deutschlandweit über Familienbetreuungs-Zentren, die die Angehörigen der Soldatinnen und Soldaten mit Informationen über das Entsendungsgebiet versorgen und auch sonst zur Betreuung zur Verfügung stehen. Im Falle einer Infektion kann mit einem Flugzeug das Bundeswehr-Hospital in Koblenz innerhalb von 24 Stunden erreicht werden. Getrennt durch eine Glasscheibe ist hier auch ein Besuch der infizierten Angehörigen möglich. ■

Innenleben



NOVELLE DES BUNDESPERSONALVERTRETUNGSGESETZES

Dauerbaustelle Mitbestimmung

Unlängst hatte sich der Gesetzgeber der Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) angenommen. Ein zäher Prozess. „Der große Wurf war das noch nicht“, sagt der JUNGE GRUPPE-Vorsitzende Martin Meisen. Eine Einordnung.

Ein Gesetz aus den 1970er-Jahren weist Anpassungsbedarf auf. Das liegt auf der Hand. Gerade die Fragen digitalisierter Personalratsarbeit trieb der Gesetzgeber voran. Aber auch die ressortübergreifende Mitbestimmung, mitbestimmungsfreundlichere Regelungen sowie der Charakter der Einigungsstelle standen im Fokus der Novellierung.

Wer die Interessen der Kolleginnen und Kollegen adäquat vertreten soll, der muss über die entsprechenden Instrumente der gesetzlichen Mitbestimmung verfügen. Die GdP hat in diversen Stellungnahmen verdeutlicht, in welchen Bereichen diese unzureichend sind. So mahnte die Interessenvertretung beispielsweise, dass mit der verstärkten Wahrnehmung der Wohnungsfürsorge des Bundes durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) auch ein Mitbestimmungsäquivalent notwendig

Martin Meisen und Christian Ehringfeld



DP-Autor Martin Meisen ist GdP-Bundesjugendvorsitzender. Der bei der Bundespolizei tätige Polizeikommissar arbeitet seit August 2019 als Sachbearbeiter Gefahrenabwehr im Stab der Bundespolizeidirektion München.

DP-Autor Christian Ehringfeld ist stellvertretender GdP-Bundesjugendvorsitzender und IT-Experte beim Bundeskriminalamt.

Foto (l.): privat | Foto (r.): Jörg Farys

ist. Dem kam der Gesetzgeber nicht nach. Auch die Forderung nach Mitbestimmung bei Verwendung in supranationalen Organisationen wie der europäischen Grenzschutzagentur Frontex fand keinen Anklang.

Vollendete Tatsachen

Eine GdP-Kernforderung war die ressortübergreifende Mitbestimmung unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften für alle Angelegenheiten, die über den Bereich einer obersten Bundesbehörde hinausgehen und nicht über andere Instrumente zu regeln sind. Hier bleibt eine echte Beteiligung jedoch aus, Personalvertretungen werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Bedenkt man, dass es derartige Regelungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen bereits gibt, darf man getrost den Unwillen zur Implementierung einer ähnlichen Regelung unterstellen.

Die Einigungsstelle hat im Lichte einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einen neuen Anstrich bekommen, so dass ihr nur noch ein empfehlender Charakter zugesprochen wird. Der Gesetzgeber verteidigt sich mit der „Umsetzung der Entscheidung in geltendes Recht“. Das bedeutet: Die oberste Dienstbehörde besitzt in strittigen Fragen ein Letztentscheidungsrecht. Von gleicher Augenhöhe kann keine Rede mehr sein.

Das letzte Wort

Gerade in Fragen der uneingeschränkten Mitbestimmung erscheint diese Regelung sehr kritisch. So gibt sie Dienststellen doch die Gewissheit, das letzte Wort zu haben. Dass der Gesetzgeber technische Möglichkeiten zur Durchführung von Personalratsarbeit implementiert hat, ist zwar grundsätzlich zu begrüßen. Es ist jedoch den Gremien selbst überlassen, auf welche Art und Weise sie Ihre Aufgabe wahrnehmen.

Darüber hinaus gelang nicht einmal eine Angleichung an das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), obwohl dies sogar in der Gesetzesbegründung angeführt wurde. Das BetrVG regelt die Betriebsratsarbeit in der Wirtschaft. Beispielsweise wird dort bei Behinderung der Betriebsratsarbeit eine Sanktionierung des schädlichen Verhaltens angedroht. Soweit wollte der Gesetzgeber beim BPersVG nicht gehen. Auch die Anzahl der Personalratsmitglieder analog der Betriebsratsmitglieder bei gleicher Behördenbeziehungsweise Betriebsgröße hat keine Angleichung erfahren. Zudem bleibt die Anzahl der Freistellungen im Personalrat weiterhin unter denen eines Betriebsrates. So gibt es für Betriebsräte bereits ab 200 Beschäftigten eine volle Freistellung, wohingegen bei Personalräten weiterhin die 300er-Grenze gilt. Immerhin konnte der Gesetzgeber sich dazu durchringen, die Möglichkeit von Teilfreistellungen gesetzlich einzuführen.

Doch nicht nur bei der Modernisierung der Personalräte hat sich der Gesetzgeber schwergetan. Auch bei den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) ist man weit hinter den Möglichkeiten geblieben und ließ Mut vermissen. Begrüßenswert ist, dass die Doppelmitgliedschaft in Personalrat und JAV weiterhin zulässig bleibt. Eine Aufwertung erfahren diese auch darüber, dass der Dienststellenleiter sich nun einmal im halben Jahr mit ihr austauschen soll. Dies war bisher den Personalräten vorbehalten. Besonders ernüchternd ist, dass bei der Bundespolizei die Anwärtinnen und Anwärtler im Polizeivollzugsdienst weiterhin keine JAVen bilden dürfen.

Demokratie erlebbar machen

In der medialen Debatte werden demokratische Resilienz und eine demokratische Polizei häufig eingefordert und teilweise auch von der politischen Öffentlichkeit für die Polizei postuliert. Doch wenn es um konkretes Handeln geht, lässt man es nicht zu, dass Demokratie für junge Kolleginnen und Kollegen in ihrer Ausbildung wirklich erlebbar ist. Dabei zeigen etliche Landespersonalvertretungsgesetze, dass dies selbstverständlich eine gute Idee ist und auch funktioniert. Wer eine demokratische und mündige Polizei möchte, der muss auch das Umfeld für das Leben entsprechender Werte schaffen.

Man kann nur zu der gleichen Einschätzung wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kommen. Dieser bilanziert: „Eine echte Novellierung des BPersVG im Sinne einer umfassenden Reform und Verbesserung der Mitbestimmung im digitalen Zeitalter ist im Gesetz [...] nicht zu erkennen. Zentrale Bausteine bleiben bestehen.“

Die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst bleibt wohl auch die nächsten Jahre eine Dauerbaustelle ohne nennenswerten Fortschritt. ■

ANZEIGEN

REISEMARKT

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Zukunft Mobilität

Mobilität im Wandel

Mehr Infos auf
www.zukunft-mobilitaet.info

Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Weitere Informationen gibt es auf der Webseite des DGB.



POLIZEILICHE FÜHRUNGSLEHRE

Gestaltung einer zeitgemäßen Führung

Von **Gerd Thielmann**, **Jürgen Weibler** und **Thomas Model**.



2. Auflage 2020

Umfang: 248 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0877-9

Polizeiarbeit ist Teamarbeit. Führung ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. Aber wie sieht eine zeitgemäße Führung überhaupt aus – wirksam und akzeptiert? Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und kombiniert mit den Erfahrungswerten der polizeilichen Praxis entwerfen die drei Autoren in diesem Buch ein übergreifendes Führungsverständnis. Im Kern steht ein aktuelles Polizeiliches Führungsmodell, das in seiner Umsetzung dem eigenen Führungshandeln Sicherheit und klare Orientierung gibt.

Zunächst leitet ein Praxisfall thematisch ein, dann wird die besondere Bedeutung dieses Führungsaspektes aufgezeigt, danach der wissenschaftliche Stand erläutert und abschließend die Integration in die polizeiliche Führungspraxis anschaulich vollzogen.

Mit diesem Buch wird die Polizeiliche Führungslehre konzeptionell weiterentwickelt und strukturiert. Die Polizeipraktikerin und der Polizeipraktiker profitieren hier von entscheidend, seien sie Führungskräfte oder noch auf dem Weg dorthin: Sie wissen, was in der Führung wichtig ist und wie eine gelingende Führungsbeziehung mit unterstützendem Umfeld aussehen könnte. Dies können sie mit ihrer eigenen Erfahrung abgleichen und verantwortungsvoll den Führungsalltag gestalten – und das auf allen Hierarchieebenen!



DIE AUTOREN

Gerd Thielmann war bis 2015 Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster/ Westfalen und berät heute als Experte namhafte europäische Organisationen in Polizeiprojekten.

Univ.-Prof. Dr. Jürgen Weibler lehrt an der FernUniversität in Hagen und hat dort den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre inne.

Thomas Model, Leitender Polizeidirektor, ist Leiter der Akademie der Polizei Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben

AUS EINEM WITZ WURDEN TEAMSIEGER

Der 1. FC Wundervoll als Glücksbringer

Die wohl außergewöhnlichste Fußball-Bundesligasaison seit Bestehen der höchsten deutschen Spielklasse Anfang der 1960er-Jahre ist im Mai zu Ende gegangen. Pandemie geschuldete leere Stadien und Corona bedingte Spielausfälle hinderten die große Tippspielgemeinde der Gewerkschaft der Polizei nicht daran, Woche für Woche mit Spaß und Fanwissen die richtigen Spielergebnisse vorauszusagen.

Wolfgang Schönwald



Neue Saison, neues Glück: Wir tippen weiter!

Alle Gewinnerinnen und Gewinner von BVB-Heimspielkarten aus der vergangenen Saison bitten wir um etwas Geduld. Wir kümmern uns.



Foto: kebox/stock.adobe.com

Ob sogenannte Geisterspiele oder Begegnungen mit wenigen ausgewählten Zuschauern – die Sieger der Saison 2020/2021 brauchten, wie in all den Jahren zuvor, Ausdauer, Kraft, Willensstärke, Konzentration und ein bisschen Glück.

Den längsten Tipper-Atem, verbunden mit einem bisschen Fortune, hatte in der Einzelwertung Kollege Hagen Schulz. Der 51-jährige Polizeibeamte versieht seinen Dienst in Berlin. Im südlichen Teil Neuköllns ist er in erster Linie als Kontaktbereichsbeamter unterwegs. Sein Lebensmittelpunkt befindet sich jedoch im Ostteil der Stadt, im Bezirk Treptow-Köpenick. „Deshalb sind wir auch gleich bei dem Bundesligaverein, dem ich verfallen bin, dem 1. FC Union Berlin, auch 1. FC Wundervoll genannt“, sagt der treue Eisern-Fan Hagen.

Er versucht nach eigenem Bekunden, so oft wie möglich im Stadion an der Alten Försterei zu sein. Seine 14-jährige Tochter begleitet ihn dabei fast immer. „In der abgelaufenen Saison gelang dies jedoch nur ein einziges Mal – leider.“

Auf das Tippspiel der GdP ist er erst im vergangenen Jahr durch einen Kollegen aufmerksam geworden, der ihm gegenüber am Schreibtisch sitzt. Die Tipperei an 34 Spieltagen hat die Kollegen nach eigenen Worten in Coronazeiten auch mal an etwas anderes denken lassen.

Der „Eiserne“ hat die Stimmung im Signal Iduna Park schon hautnah erlebt. „In der Saison 2019/20 hatte ich die Chance, meine Mannschaft bei einem Auswärtsspiel vom Gästeblock aus in Dortmund zu bewundern“, sagte der Polizeibeamte DP. Nun ist er gespannt, was die Tippspiel-Gewinner erwartet.



Foto: privat

GdP-Tippspielsieger in der Einzelwertung Hagen Schulz mit seiner ebenso fußballbegeisterten Tochter.

Der Sieger des GdP-Tippspiels in der Mannschaftswertung ist diesmal das Team „Dicke Berta“. Hinter dieser Gruppe verbergen sich Sascha Mathar und Enno Schulz.

Sascha Mathar ist 47 Jahre alt und wohnt in Solingen. Seinen Dienst verrichtet er auf der Polizeiwache Hilden (Kreis Mettmann) als Dienstgruppenleiter. Zu Beginn der vergangenen Saison war er noch mit Enno auf einer Dienstgruppe in Langenfeld.

„Mit Fußball habe ich tatsächlich gar nicht viel am Hut“. Er schaue gerne die Länderspiele der deutschen Nationalmannschaft, erzählt er DP. Die Bundesliga oder andere Wettbewerbe eigentlich nicht. Enno hatte jedoch jemanden gesucht, der mit ihm tippt. Was zunächst als Witz gedacht war, haben sie dann in



Foto: privat

Der Sieger des GdP-Tippspiels in der Mannschaftswertung ist das Team „Dicke Berta“: Sascha Mathar (r.) und Enno Schulz

die Tat umgesetzt. Wie man sieht, eine gute Entscheidung.

Sein Mitstreiter Enno Schulz (36) wohnt in Mettmann. Er ist seit 2018 Wachdienstführer auf der Polizeiwache Langenfeld (Kreis Mettmann, Dienstgruppe Berta, daher auch der Gruppenname 😊). Er nimmt schon seit einigen Jahren am GdP-Tippspiel teil.

„Im vergangenen Jahr habe ich gedacht, dass es mit einem Tipp-Partner noch mehr Spaß machen könnte. Als ich in meiner Dienstgruppe in die Runde fragte, hat Sascha zugesagt. Was als Spaß gemeint war, wurde dann aber durchgezogen“, zeigte sich Enno kämpferisch. Dass die beiden letztendlich tatsächlich gewinnen sollten, hätte keiner der beiden gedacht. „Als langjähriger BVB-Fan freue ich mich riesig auf ein tolles Stadion-Erlebnis.“ ■

Innenleben



Ernst Schrader (trägt Zylinder) mit Polizeiführung.

VERBAND PREUSSISCHER POLIZEIBEAMTER

Ernst Schrader – ein Gewerkschaftspionier

Am 13. Juli 1936 starb Ernst Schrader in Berlin. Er war der langjährige Vorsitzende des „Verbandes Preußischer Polizeibeamten“ – einem Vorläufer der Gewerkschaft der Polizei. Die historische Kommission der SPD-Brandenburg hat sich intensiv mit seinem Leben beschäftigt. Eine Erinnerung.

Dr. Kurt Schilde

Der am 3. März 1877 in Zützen in der Uckermark geborene Ernst Schrader besuchte die dortige Dorfschule, war mit 18 Jahren Garde-Ulan und ging 1901 als Polizeiwachtmeister zur Berliner Schutzmannschaft. Bei der 1913 erfolgten Gründung der „Vereinigung Berliner Schutzleute“ wählten ihn diese zu einem der Stellvertreter. Wegen des Verbotes dieser Gewerkschaft musste im Januar 1914 eine erneute Versammlung erfolgen, auf der Schrader zum

Vorsitzenden gewählt wurde. Aber erst 1915 konnte der „Verband der Kameradenvereine“ offiziell gegründet werden.

In den folgenden Jahren erfolgten Zusammenschlüsse, Abspaltungen und Umbenennungen der als „Schrader-Verband“ bekannten Gewerkschaft. Bis 1930 schlossen sich im Deutschen Reich mehrere Polizeigewerkschaften zur „Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Polizeiverbände“ zusammen. Vorsitzender wurde wieder Schra-

der, der 1930 auch in die Bundesleitung des „Deutschen Beamtenbundes“ ging. Auf internationaler Ebene wirkte er als Präsident der „Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police“. Er gehörte der SPD an, für die er 1928 für den Reichstag kandidierte. Aus dem aktiven Polizeidienst war er ausgeschieden, um sich voll um seine verbandlichen Verpflichtungen zu kümmern.

Im Visier der NSDAP

Der Vorsitzende des „Schrader-Verbandes“, der 1930 insgesamt 71.025 Mitglieder umfasste und damit rund 80 Prozent des Personals der preußischen Polizei organisierte, hatte aus gesundheitlichen Gründen am 20. Juni 1932 um Amtsenthebung vom Verbandsvorsitz gebeten und einen Erholungsurlaub angetreten. Nach dem „Preußen-Schlag“ vom 20. Juli 1932 verzichtete er am 13. September 1932 auf den Vorsitz des Verbandes.

Der daraufhin beim Verbandstag im Januar 1933 zum neuen Vorsitzenden gewählte Magnus Heimannsberg (1881-1962) versprach den Versammelten: „Ich bin ein Schüler und werde ein Schüler Ernst Schraders bleiben, des stärksten Mannes des preußischen Polizeibeamtenverbandes.“ Doch schon kurz danach wurde Heimannsberg zum Rücktritt gezwungen, im Juli jenen Jahres die Organisation aufgelöst und deren Vermögen vom nationalsozialistischen „Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter e.V.“ angeeignet.



1900: Ernst Schrader als Garde-Ulan.



DP-Autor Dr. Kurt Schilde wurde 1947 in Berlin-Weißensee geboren. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Berlin und promovierte zur Opposition von Jugendlichen gegen den Nationalsozialismus. Schilde engagiert sich als freier Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des Nationalsozialismus, regionale Zeitgeschichte und Biografien. Webseite: www.kurt-schilde.de. E-Mails bitte an: schilde@kulturareale.de

Foto: privat

”

Fünf Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ ist 1950 in der Tradition des „Schrader-Verbandes“ die bis heute bestehende Gewerkschaft der Polizei (GdP) entstanden.

Siedlungsprojekt in Ravensbrück

Zu den neu recherchierten Informationen über Schraders Leben gehört sein Engagement für ein ehrgeiziges Projekt einer Einfamilienhaussiedlung auf dem Landgut Ravensbrück bei Fürstenberg. Nach Aussage seiner Tochter Johanna Huhn hat ihr Vater 1931 das Gut in „stark verschuldetem und herunter gewirtschaftetem Zustande übernommen. Die Viehställe waren leer, Äcker und Wiesen lagen brach.“ Der Vater, der zwischen Ravensbrück und der Wohnung in Berlin-Mariendorf pendelte, konnte aufgrund seiner gesundheitlichen Probleme monatelang seine Amtsgeschäfte nicht voll ausüben. Hinzu kam, dass seine Frau Hedwig Ende 1931 verstarb. Drei Jahre später heiratete der Witwer Olga Galle, geborene Ziegler.

Am 8. September 1933 wurde er nach Aussage Johanna Huhns auf seinem Gut „mitten aus seiner Arbeit, vom Heuwagen herunter verhaftet und von Beamten der Geheimen Staatspolizei Berlin mitgenommen“. In einem Außenlager des Konzentrationslagers (KZ) Oranienburg im Rittergutsvorwerk Elisenau in Blumberg (Gemeinde Ahrensfelde) ist er zum Abriss einer alten Ziegelei eingesetzt gewesen.

Den schwerkranken Mann haben die Nazis am 18. Dezember 1933 im Zuge einer Amnestie entlassen. Schrader ist 59-jährig an

den Folgen seines langjährigen Leidens verstorben.

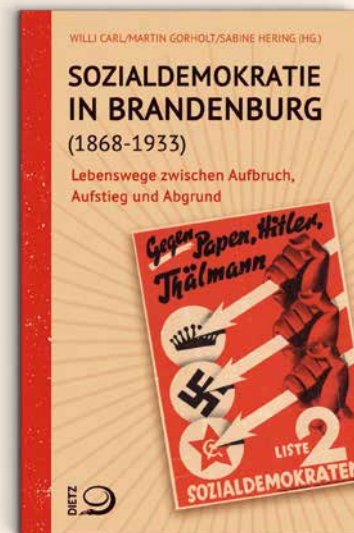
Seine Witwe Olga berichtete 1946 in einem Fragebogen des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ über die zwangsweise Enteignung. „Ich wurde unter Androhung der Verhaftung gezwungen, nach dem an den Folgen des KZ's eingetretenen Tode meines Mannes das Gelände an den Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamten für eine einmalige Entschädigung von 3.000 Reichsmark abzugeben, damit das Gelände dem damaligen Reichsführer SS Himmler zu seinem 50. Geburtstag geschenkt werden konnte.“ Dieser hat das Gelände für die Errichtung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück bestimmt.

Vom „Schrader-Verband“ zur Gewerkschaft der Polizei

Fünf Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ ist 1950 in der Tradition des „Schrader-Verbandes“ die bis heute bestehende Gewerkschaft der Polizei (GdP) entstanden. Sie kontaktierte 1955 die „Union Internationale des Syndicats de Police“ (UISP) und wurde am 19. April 1955 dort aufgenommen. Die UISP setzte die Tradition der „Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police“ und damit auch ihres Präsidenten Ernst Schrader fort. Aus der Nachfolgeorganisation Eurocop ist die GdP Ende 2015 ausgetreten und führt seither ein Europa-Büro in Brüssel. ■



Ernst Schrader im Oktober 1926.



Willi Carl/Martin Gorholt/Sabine Hering (Hg.): **Sozialdemokratie in Brandenburg (1868-1933) – Lebenswege zwischen Aufbruch, Aufstieg und Abgrund.**

Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2021, ca. 304 Seiten, ISBN 978-3-8012-0596-6

Die Frauen und Männer, deren Lebenswege in diesem Band nachgezeichnet werden, haben das Land Brandenburg seit Ende des 19. Jahrhunderts revolutionär oder reformerisch geprägt – in der Frauenbewegung, den Gewerkschaften und in der SPD. Dank ihres Einsatzes war das „rote Brandenburg“ bis zum Ende von Weimar ein „Bollwerk gegen den Faschismus“.

Die Geschichte der Sozialdemokratie in Brandenburg spiegelt sich exemplarisch in diesen unterschiedlichen biografischen Weichenstellungen und verdeutlicht den Aufstieg im Kaiserreich und in der Weimarer Republik trotz aller Konflikte und Spaltungen – ebenso wie die Niederlagen in der Parteispitze und an der Basis am Ende. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Kämpfen um den Erhalt der Weimarer Republik, als weder das „Reichsbanner Schwarz-Rot Gold“ noch die „Eiserne Front“ den Untergang der Demokratie verhindern konnten.

Im Kalender



Letzte Absprachen vor der Ausfahrt.

BIKERTREFFEN IM THÜRINGER WALD/ RENNSTEIG

Gemeinsamer „Ausritt“

Vom 20. bis 22. August 2021 findet in Oberhof Nähe Eisenach/Suhl ein offenes Motorradtreffen für Biker aus der Polizei, der Justiz, dem Zoll und deren Angehörigen statt. Geplant sind Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung, so nach Erfurt, Schleiz, Suhl, Eisenach und auf die Wartburg. Die Touren werden vor Ort ausgehängt. In gemütlicher Atmosphäre lassen sich dann abends nach PS-starkem „Ausritt“ interessante Benzingespräche rund um das Bike führen.

Detlef Schöne

Die Veranstaltung ist eine Zusammenarbeit von IPA und Blue Knights.

Die Unterbringung erfolgt im Aparthotel Oberhof (Eckardtskopf 1, 98559 Oberhof). Es gibt Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension.

Eventuell anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Suhl gespendet.

Weitere Informationen

Telefon: **0160-6654514**

E-Mail: detlefschoene@freenet.de oder aida100@web.de

Eure Meinung

ZU:

Perspektivwechsel, DP 5/21

Der Beitrag in der DP 5/21 von Prof. Dr. Bettina Franzke über Interkulturelle Kompetenz gefiel mir gut – hätte mich früher, zur Zeit meines aktiven Dienstes, auch interessiert. Dieses Studium dürfte künftig helfen, polizeiliches Handeln in den angesprochenen Bereichen humaner zu gestalten. Besonders gut gefiel mir ihre Passage: „Die Forderung nach politischer Korrektheit setzt Beamtinnen und Beamte unter Druck. Das kann die Handlungsfähigkeit einschränken“. Bravo!

Auch ich verließ mich früher im Wechseldienst nach Möglichkeit am liebsten auf meinen eigenen Verstand und Handlungsfähigkeit, gepaart mit Intuitionsvermögen in der jeweiligen Situation und ließ mich manchmal durch die Forderung politischer Korrektheit nicht unter Druck setzen. Im Einzelfall musste ich dann hin und wieder auf der Wache meine bloß mündliche Verwarnung rechtfertigen. Denn meinem Erfolg, der ja nicht messbar war, fehlte die politische Korrektheit.

Ein solches Handeln forderte bereits Kant ein: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Der Beamte sollte jedoch über entsprechendes Wissen oder eine gute Intuition verfügen. Ein solch intuitives Handeln ist dann sittlich weitaus höher einzuschätzen als ein Handeln nach nur gesetzlich vorgegebenen Normen. Der Beamte sollte sich im Einzelfall der gesetzlich vorgegebenen Norm erlebend und intuitiv gegenüberstellen dürfen, sonst gerät er unter ihre Knechtschaft.

Wolfgang Geiß

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 7 | 70. Jahrgang 2021
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Redaktionsassistentin
Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Marco Martins/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

189.691 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de



Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland

Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden

Von **Stefan Goertz**.

1. Auflage 2021

Umfang: 224 Seiten

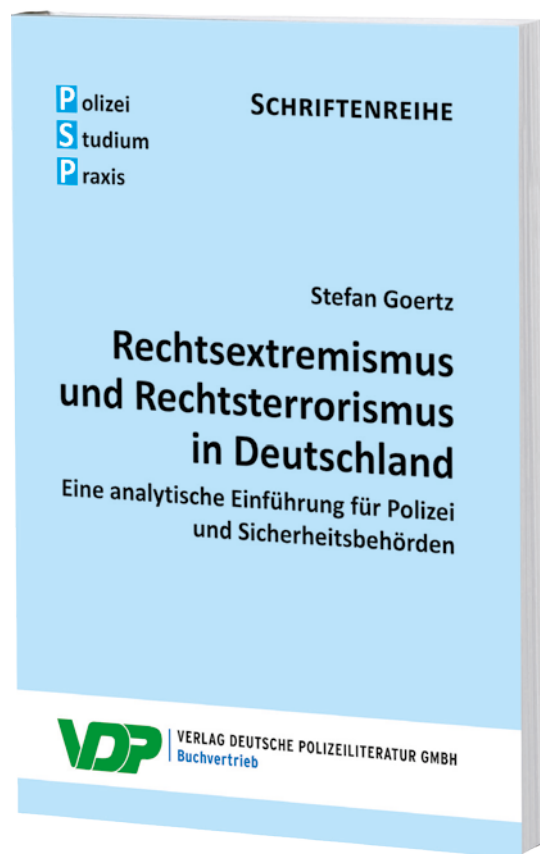
Format: 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0899-1

Das vorliegende Buch liefert eine kompakte Darstellung des gegenwärtigen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland.

Ausgehend von einer Begriffsdefinition und -analyse widmet sich der Autor im Anschluss rechtsextremistischen Parteien sowie Organisationen, Gruppen und Individuen. Weiterhin zeigt er aktuelle Entwicklungen und Phänomene im Rechtsextremismus auf und bezieht an dieser Stelle umfassend das Problemfeld von Rechtsextremisten in der Bundeswehr und in den Polizeien mit ein. Anschließend benennt er Beispiele für den Übergang von Rechtsextremismus zu Rechtsterrorismus und behandelt rechtsterroristische Fälle wie die Anschläge in Halle und Hanau. Zudem widmet der Verfasser sich rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Inhalten im Internet, bevor er abschließend aktuelle Abwehrmaßnahmen der Sicherheitsbehörden vorstellt.



DER AUTOR

Dr. Stefan Goertz, Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

GUTE LUFT - MIT SICHERHEIT!

Kontrolle ist besser als Bauchgefühl

Der Technoline Luftgüte-Monitor unterstützt, die Raumluft unabhängig von der persönlichen Wahrnehmung zu analysieren und zu beurteilen. Er gibt auf Basis der ermittelten Werte Handlungsempfehlungen, um kurzfristig und bedarfsgerecht auf Veränderungen der Qualität der Raumluft reagieren zu können. Der eingebaute Luftgüte-Sensor überwacht hierzu rund um die Uhr das Raumklima, analysiert die Schadstoffkonzentration und erinnert im richtigen Moment ans Lüften. Für ein gesundes Raumklima.

Luftgüte-Monitor zur Überwachung der Raumluftqualität

Temperaturanzeige, Luftfeuchteeanzeige, Alarm bei schlechter Luftqualität, silber, weiß.

Anzeige der Lüftung durch 5 Sternsymbole in 11 Stufen

- Je mehr Sternsymbole ausgefüllt angezeigt werden, desto besser ist die gemessene Luftqualität
- Weiße Hintergrundbeleuchtung mit farbiger Lüftungsempfehlung:
- Gelbe Beleuchtung = Lüftung empfohlen, Rote Beleuchtung = Lüftung dringend empfohlen
- Messung erfolgt über einen leistungsstarken Mischgas(VOC)-Sensor zur Überwachung der Raumluftqualität

Zusätzliche Funktionen:

- Innentemperaturanzeige in °C oder °F
- Innenluftfeuchtigkeitsanzeige
- Quarzuhr
- 12/24 h Zeitanzeige
- Weckalarm mit Schlummerfunktion
- Batterieendanzeige
- Tischaufstellung

Energiesparend: Die Luftgüte wird nur bei der Nutzung mit USB-Adapter (inkl.) angezeigt, um die Batterien zu schonen! Uhrzeit, Temperatur und Luftfeuchtigkeit bleiben auch im Batteriebetrieb sichtbar. Inkl. Batterie. 8 x 8 x 2,5 cm.

060786

☀️ 46,95 € 58,95 €



Hervorragende bis befriedigende Raumluft



Verschmutzte Raumluft
Lüftung empfohlen



Stark verschmutzte
Raumluft
Lüftung erforderlich

techno
LINE



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de